

DKP-Informationen

Nr. 5/2017 - 30. November 2017

11.Tagung des Parteivorstandes 25./26. November 2017

Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

25./26. November 2017, Essen

Inhalt

1. Zur Auswertung der Bundestagswahlen und des Wahlkampfes
Referent: Männe Grüß, Mitglied des Sekretariats der DKP
2. Zwischenfazit zur Diskussion des Leitantrages
Referent: Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
3. Zu aktuellen Fragen und der weiteren Vorbereitung des 22. Parteitages
4. Stand der Vorbereitung des 20. UZ-Pressfestes
5. Beschlüsse

Tagesordnung

1. Zur Auswertung der Bundestagswahlen und des Wahlkampfes
Referent: Männe Grüß
2. Öffentlichkeitsarbeit der DKP
3. Vorbereitung des 22. Parteitags
 - * Bilanz der Diskussion zum Leitantrag an den 22. Parteitag
 - * Antrag zur Parteistärkung
 - * Antrag zum Statut
 - * Personaldebatte
 - * Tätigkeitsbericht
4. 20. UZ-Pressfest
5. Parteiauseinandersetzung

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

25./26. November 2017, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zur Auswertung der Bundestagswahlen und des Wahlkampfes 2017 Referent: Männe Grüß, Mitglied des Sekretariats der DKP

Ich möchte zu Beginn mit einer Tradition brechen, die es bei der Auswertung von Wahlen gibt. Ich möchte meine Auswertung nicht damit beginnen, festzuhalten, dass Wahlen verboten wären, wenn sie wirklich etwas verändern würden. Ich verzichte darauf nicht, weil ich die Aussage für falsch halte. Ich verzichte darauf, weil ich der Meinung bin, dass wir bei den Ergebnissen dieser Bundestagswahl (BTW) sehr feinfühlig sein müssen, wie wir sie interpretieren und das nicht durch diese kommunistische Binsenweisheit übertünchen sollten. Stattdessen möchte ich heute lieber eine andere Binsenweisheit in der kommunistischen Bewegung strapazieren: dass Wahlen „ein Gradmesser für die politische Reife der Arbeiterklasse“ darstellen, wie Engels es formulierte – und ich möchte ergänzen: ein Gradmesser für die Kräfteverhältnisse Klassenkampf.

Wie sind die BTW zu bewerten?

In einer ersten Erklärung nach den Bundestagswahlen schätzte das Sekretariat des Parteivorstandes ein: „Das Wahlergebnis stellt, bei gesteigerter Wahlbeteiligung, einen Rechtsruck mit den damit verbundenen Gefahren dar.“

Wie ist diese Einschätzung zu bewerten?
Zunächst: Die Einschätzung des Sekretariats ist in Bezug auf die Zusammensetzung des Bundestages 2017 gegenüber dem Bundestag 2013 eine richtige Aussage, die sich konkret belegen lässt: Mit Alexander Gauland von der AfD sitzt ab 2017 gegenüber 2013 ein Fraktionsvorsitzender im Bundestag, der im Wahlkampf die Position vertrat, dass es ein Recht geben müsse, auf die Leistungen der deutschen Soldaten in den beiden Weltkriegen stolz sein zu dürfen. Das ist nicht nur eine zynische Position angesichts der Millionen Menschen, die allein in der Sowjetunion dem Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschlands zum Opfer fielen. Diese Position entlarvt die AfD auch ein Mal mehr als demagogische Kraft, wenn sie sich einerseits vermeintlich gegen Russland-Sanktionen ausspricht, andererseits aber mit solchen Positionen das Verhältnis zu Russland nachhaltig auf dem Gefrierpunkt hält. Denn jeder halbwegs nachdenkende Mensch weiß: Bis heute sind die Verbrechen deutscher Soldaten am sowjetischen

Volk tief im historischen Bewusstsein der russischen Gesellschaft eingegraben.

Zur Einordnung dieses Rechtsrucks im Bundestag stellt sich im nächsten Schritt die Frage: Ist der „Fall Gauland“ ein Novum in der jüngeren Geschichte der BRD?

Ich verweise hierbei auf die Positionen des Bundestagsabgeordneten Alfred Dregger, der 1987 hinausposaunte: Man müsse die gleiche Ehrfurcht vor allen deutschen Soldaten haben – inklusive der Waffen-SS. Ohne sich jetzt in Detaildeutungen zu verlieren, zeigt diese Position: Dregger und Gauland sind Brüder im Geiste. Und noch mehr: Beide waren bzw. sind Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Der Unterschied: Dregger war Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die zu dieser Zeit Regierungspartei unter Helmut Kohl war – also nicht wie die AfD jetzt in der Opposition saß.

Um die Frage also zu beantworten: Nein, der „Fall Gauland“ ist kein Novum im Bundestag. Ein Novum ist, dass diese Position im Bundestag außerhalb der Unionsfraktion von einem Fraktionsvorsitzenden einer anderen Partei vertreten wird. Das macht es in der Sache nicht besser und Gaulands Positionen nicht weniger gefährlich für den Friedenskampf. Aber gleichzeitig ist es auch eine Tatsache, dass der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nicht solche Positionen von sich gibt, aber zusammen mit seiner Fraktion deutsche Soldaten im Rahmen der NATO an der russischen Grenze aufmarschieren ließ. Das ist zwar kein Rechtsruck im Sinne einer plötzlichen Verschiebung – sondern eine kontinuierliche Vertiefung des Aggressionskurses Deutschlands. Aber es macht einen Kauder gegenüber einem Dregger oder Gauland nicht weniger gefährlich in Bezug auf die akute Kriegsgefahr.

Es steht ohne Wenn und Aber fest: Die AfD ist eine Partei, die die Arbeiterklasse spaltet, von den Verantwortlichen für Massenarmut und -verelendung hier in Deutschland sowie von den Fluchtverursachern und -profiteuren gezielt ablenkt – ich sage „AfD“, nicht „AfD-Wähler“. In diesem Sinne wird die AfD das Parlamentsgeschäft im Sinne der Monopole betreiben. Aber den Aufstieg der AfD als

entscheidendes Kriterium für eine Rechtsentwicklung heranzuziehen, kann zu Unschärfen führen bei der Beantwortung der entscheidenden Frage, wie die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf einzuschätzen sind. Das ist aber die Frage, die uns als Kommunistische Partei naturgemäß im besonderen Maße interessieren muss bei Wahlen, und zwar aus Sicht der Arbeiterklasse.

In diesem Sinne möchte ich bei der Beurteilung der BTW folgendermaßen vorgehen:

1. Einschätzung der BTW-Ergebnisse in Bezug auf den Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse sowie anderer Schichten
2. Einordnung der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes der DKP und Schlussfolgerungen für das weitere Handeln

1.) Zum Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse im Spiegel der BTW-Wahlen

Um Aussagen über den Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse zu treffen, gilt es im ersten Schritt, sich zu vergegenwärtigen, wie die Arbeiterklasse überhaupt gewählt hat. Dabei können empirische Erhebungen herangezogen werden, die verschiedene Wahlforschungs- und Umfrageinstitute erarbeitet haben. Insbesondere die Interpretationen dieser Umfragen durch die Institute sind mit Vorsicht zu genießen. Das Zahlenmaterial ist trotzdem eine wichtige Quelle, um Konturen im Wahlverhalten zu erkennen. Infratest dimap, die u.a. zwischen erwerbstätigen Arbeitern, Angestellten und Erwerbslosen unterscheiden, kommen dabei zu folgenden Ergebnissen:

- Erwerbstätige Arbeiter und Angestellte haben in der Mehrheit CDU/CSU gewählt mit 25 bzw. 31 %, gefolgt von der SPD, die 23 % der Arbeiter und 20 % der Angestellten gewählt haben. Das Entscheidende an den Ergebnissen sind aber vor allem die Verluste der Unionsparteien unter den Arbeitern von 35 % 2013 auf 25 % 2017. Proportional zum Gesamtergebnis der Partei DIE LINKE sind auch ihre Wahlverluste unter den Arbeitern erwähnenswert: von 13 % 2013 auf 10 % 2017. Das Abschneiden wiegt umso schwerer, als dass die AfD mit 22 % Zustimmung unter den Arbeitern die LINKE um mehr als das Doppelte überflügelt hat.
- Das Wahlverhalten unter den Erwerbslosen zeigt eine ähnliche Tendenz, weist aber gleichzeitig Besonderheiten auf: Wie seit den BTW 2005 bleibt die SPD stärkste Partei unter den Erwerbslosen (die zur Wahl gegangen sind). Zweitstärkste Kraft ist jetzt die AfD, die von 22 % der Erwerbslosen gewählt wurde. Die Verluste von CDU/CSU und SPD gegenüber der BTW

2013 fallen dabei vergleichsweise gering aus: CDU/CSU verloren gegenüber 2013 4 % und die SPD gegenüber 2013 3% unter den Erwerbslosen. Extrem fallen unter den Erwerbslosen hingegen die Verluste der LINKEN aus: Während 2013 mit 23 % fast jeder vierte Erwerbslose (unter den erwerbslosen Wählern) die LINKE wählte, waren es 2017 mit 11 % fast nur noch jeder zehnte. Damit wählen Erwerbslose die LINKE zwar immer noch überdurchschnittlich. Aber gerade unter den Erwerbslosen zeigen sich die deutlichen Veränderungen in der Wählerschaft der LINKEN bei dieser Bundestagswahl.

Um das Wahlverhalten der Arbeiterklasse einzuordnen, ist es weiterhin sinnvoll, auch das Wahlverhalten anderer Schichten in der Bevölkerung heranzuziehen. Dazu liegen keine gesonderten Umfragen vor. Allerdings gibt es Umfragen, die Auskunft geben über das Wahlverhalten nach Bildungsgrad. Das lässt zumindest indirekt Schlüsse zu, wie das Wahlverhalten der Intelligenz – aufgrund ihrer Tätigkeit vor allem in Städten konzentriert – ausfiel. So kam die Forschungsgruppe Wahlen zu folgenden Ergebnissen:

- Während CDU/CSU und SPD unter den Hochschulabsolventen jeweils 6 % an Zustimmung verloren, konnten LINKE, Grüne und vor allem die FDP unter dieser Schicht zwischen 2, 3 und sogar 7 % zulegen. Insbesondere die Wahl von 18 % der Intelligenz für die Grünen zeichnet die Partei mit einem Gesamtergebnis von 8,9 % als eine Partei des urbanen Bildungsbürgertums aus.
- In Bezug auf die Zustimmung im Bildungsbürgertum bildet die AfD den Gegenpol zu den Grünen: Nur 7 % der Hochschulabsolventen gegenüber 12,6 % insgesamt haben der AfD ihre Stimme gegeben. Allerdings verschiebt sich dieses Wahlverhalten schon unter den Wählern mit Hochschulreife (also ohne Uniabschluss): Hier erzielt auch die AfD 11 % wie die Grünen. Wobei das für die Grünen immer noch eine überdurchschnittliche Zustimmung unter dieser Wählergruppe bedeutet.

Die zentralen Ergebnisse im Wahlverhalten sind also noch mal zusammengefasst:

1. Vor allem CDU/CSU haben empfindliche Verluste unter den Arbeitern zu verzeichnen, gleichwohl sie stärkste Kraft bleiben. Die Zustimmung der SPD unter den Arbeitern ist weiter abfallend gegenüber den vergangenen Wahlen, wenn auch nicht derart erdrutschartig wie bei der CDU (vor allem im Osten der Republik).
2. Die LINKE verliert sowohl unter den Arbeitern als auch gravierend unter den Erwerbslosen. Nennenswerte Zugewinne

unter dem Bildungsbürgertum vor allem in den Metropolen in Westdeutschland (und West-Berlin) können diese Verluste aber ausgleichen.

3. Die AfD ist unter den Arbeitern im Prinzip gleichauf mit der SPD und nur knapp hinter CDU/CSU. Die AfD rekrutiert fast doppelt so viele Wähler unter den Arbeitern und Erwerbslosen im Verhältnis zu ihrem Gesamtergebnis.

Wie sind diese Ergebnisse nun einzuschätzen in Bezug auf den Bewusstseinsstand in der Arbeiterklasse? Dazu folgende Thesen meinerseits, die nicht das Ergebnis einer kollektiven Meinungsfindung im Sekretariat des Parteivorstandes sind:

1. Der Widerspruch zwischen der Propaganda der Großen Koalition und der sozialen Lage breiter Teile der Arbeiterklasse klaffte bei der BTW 2017 unüberbrückbar auseinander.

Der zentrale Wahlslogan der CDU „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“ wirkte auf große Teile der Arbeiterklasse völlig zu Recht wie blanker Hohn. Und dieser Wahlslogan reihte sich ein in eine Politik der Großen Koalition, die sich mit sozialen Maßnahmen schmückte, die im Kern aber eine fortschreitende Verelendung breiter Teile der Arbeiterklasse nicht aufhielt. Zu diesen Maßnahmen zählte z.B. der abschlagsfreie Rentenbezug nach 45 Jahren Versicherungszeit, die Einführung des Mindestlohns oder die Mietpreisbremse. All diese Maßnahmen gingen faktisch an den Bedürfnissen breiter Teile der Klasse vorbei: Nur eine Minderheit kann in den Genuss kommen, 45 Jahre am Stück in die Rentenkasse einzuzahlen; auch ein Mindestlohn von 8,84 € 2017 ändert nichts an der vorprogrammierten Altersarmut; und die Mietpreisbremse greift in keiner Weise, sondern fördert sogar den Mietanstieg infolge von Modernisierungen, bei denen die Mietpreisbremse nicht wirksam wird.

So hält die Verelendung breiter Teile der Klasse an, wobei der Charakter sich in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt hat: Während ein Arbeitsverhältnis in der Vergangenheit eine gewisse Sicherheit war, der Armut im Rahmen der Lohnarbeit zumindest geringfügig zu entfliehen, ist Armut trotz Arbeit zu einer prägenden Erfahrung in der Klasse geworden. Die Weichen für diese Entwicklung wurden

bereits mit der Agenda 2010 unter Rot-Grün gelegt – aber 15 Jahre und eine Krise später hat diese Form der forcierten Ausbeutung der Arbeiterklasse ihren Stempel aufgedrückt. Entscheidend dabei ist nicht, ob der einzelne Arbeiter Erfahrungen des sozialen Abstiegs erlebt hat, sondern ob diese Verarmung in der Region, in der Branche oder auch in der Familie relevant ist.

Dass die Propaganda der Großen Koalition nicht mehr die Mehrheit der Arbeiterklasse erreicht, ist in diesem Sinne Ausdruck eines objektiven Widerspruchs: Einerseits die Notwendigkeit der beiden Volksparteien, eine Massenbasis für die Interessen der Monopolbourgeoisie zu sichern; andererseits die Notwendigkeit, alle gesellschaftlichen Bereiche vor allem entlang der Interessen der international agierenden deutschen Monopole auszurichten und damit die Ausbeutungsbedingungen zu verschärfen und ihren Expansionsdrang auf Kosten der Arbeiterklasse und breiter antimonopolistischer Volksschichten voranzutreiben.

2. Der Angriff der vor allem international ausgerichteten deutschen Monopolbourgeoisie auf die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse drückt sich nicht automatisch in einer Bereitschaft zur Gegenwehr in sozialen Kämpfen aus.

Diese These steht nur scheinbar im Widerspruch zu These 1, in der Verelendungserfahrungen in der Arbeiterklasse in Kollision mit den (Wahl-)Versprechen der Großen Koalition geraten sind. Denn diese erste These sagt nichts darüber, in welcher Art und Weise sich die Verelendung im Bewusstsein der Klasse widerspiegelt. Dabei spielen eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle: Ein ganz nahliegender und verständlicher Faktor ist das gleichzeitige Wirken der herrschenden Ideologie. Anders ist z.B. nicht zu erklären, dass 84 % der Wahlberechtigten laut tagesschau.de ihre wirtschaftliche Lage als „gut“ bzw. „sehr gut“ bezeichneten – trotz der realen Verarmung in den letzten Jahren. Diese Selbstverortung ist Ausdruck einer neoliberalen Selbstoptimierung, bei der ein Lohnverhältnis bereits als Kriterium für eine „gute“ wirtschaftliche Lage gesehen

wird, und Fragen der Entlohnung oder Arbeitsbedingungen zweitrangig sind.

Das heißt aber nicht, dass die erlebte Entfremdung zwischen Medien- und Politikerpropaganda und der eigenen Alltagserfahrung in der Arbeiterklasse in ein apolitisches Verhalten abgeleitet. So zeigt eine Studie der Forschungsgruppe Wahlen über die „wichtigsten Probleme in Deutschland“ seit 2000, dass bis 2010/2011 das „Problem Arbeitslosigkeit“ im Mittelpunkt stand. Seit Mitte 2014 trat neben „Euro-Krise“ und „Terror und Krieg“ das Thema „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“ in den Vordergrund und verdrängte das Thema „Arbeitslosigkeit“ (eine Ausnahme bzgl. sozialer Probleme bildet das Thema „Rente“). Hier ist es zu kurz gegriffen, aus der veränderten Wahrnehmung wichtiger Probleme abzuleiten, dies sei das alleinige Ergebnis nationalistischer oder rassistischer Stimmungsmache. Vielmehr markieren die genannten Themen Bereiche, in denen Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene in eine unmittelbare Wechselwirkung traten mit der politischen und gesellschaftlichen Lage in Deutschland. Sie verloren dadurch nicht ihren Klassencharakter, sondern drückten sich in anderer Art und Weise aus. Einen keineswegs reaktionären Ausdruck der Gegenwehr fand diese Haltung in den Massenprotesten gegen TTIP – ähnlich, wenn auch in anderen Formen, artikuliert sich der Widerspruch in den Internetkommentarlisten auf den Webseiten der Bewusstseinsindustrie im Zuge der Ukraine-Berichterstattung, bei der jeder kaputte Klodeckel in der Ukraine dem russischen Präsidenten Putin angelastet wurde.

3. Die Zustimmung der AfD unter Erwerbslosen und Arbeitern ist nicht Ausdruck einer gestiegenen rassistischen Grundstimmung in der Arbeiterklasse.

Ohne Zweifel nutzte die AfD die steigenden Flüchtlingszahlen 2015/2016 aus, um auf einem rassistischen Ticket die Freifahrt in den Bundestag einzulösen. Doch dieses Ausnutzen fußt auf einer Flüchtlings- und Außenpolitik, die nicht klassenneutral war, sondern unter dem Vorzeichen stand, sie im Sinne der imperialistischen Gesamtinteressen der

deutschen MB durchzusetzen. Zu diesen Gesamtinteressen zählte:

- Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland 2015/2016 waren die von den NATO-Staaten und ihren Verbündeten angezettelten Kriege. Obwohl klar war, dass diese Kriege Fluchtbewegungen nach Europa nach sich ziehen werden, griff der deutsche Imperialismus selbst politisch und militärisch in die NATO-Aggressionen im Nahen Osten ein, um bei der Neuaufteilung nicht leer auszugehen.
- Insbesondere die Abwerbung von Fachkräften war ein Ziel, Syrien – neben der militärischen Aggression durch NATO-gelenkte Söldner – ökonomisch in die Knie zu zwingen. Damit korrespondierte auch, dass die deutsche Bundesregierung ausgerechnet mit Einsetzen größerer Fluchtbewegungen im Nahen Osten die Gelder für UNO-Flüchtlingswerke in der Region kürzte. In der EU wurde die steigende Zahl der Flüchtlinge genutzt, um in die Souveränitätsrechte anderer Staaten – z.B. Griechenland – einzugreifen.

- Innenpolitisch war Merkels „Wir-schaffen-das“ ein Instrument, um der deutschen Monopolbourgeoisie eine im Prinzip wehrlose, isolierte und manipulierbare Manövriermasse im Klassenkampf in die Hand zur Verfügung zu stellen, deren Integrationskosten bzw. Kosten durch fehlende Integration vor allem auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden. An dieser Stelle sei nur auf den aktuellen Bericht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe hingewiesen: In ihm wird festgestellt, dass von den 860.000 Menschen ohne Wohnung in Deutschland, 440.000 Geflüchtete sind. Die Zuwanderung hat in diesem Punkt also tatsächlich die Wohnungssituation verschärft, wenngleich die Geflüchteten dafür nicht die Verantwortung tragen.

In diesem Sinne war die gesamte Flüchtlingspolitik von Beginn an vor allem eines: eine Form des Klassenkampfes von oben. Dies haben auch große Teile der Klasse – wenn nicht durchdacht – so doch empfunden. Die einzige politische Artikulation gegen diese imperialistische „Wir-schaffen-das“-Politik bot vermeintlich die AfD an. Ihr ansonsten lupenreines neoliberales Programm spielte dabei gar keine Rolle mehr. Wie widersprüchlich

dabei das Wahlverhalten ausfiel, zeigt eine Umfrage unter AfD-Wählern am Wahlabend von Infratest dimap: Demnach gaben fast zwei Drittel der AfD-Wähler an, die AfD „aus Enttäuschung über andere Parteien“ gewählt zu haben. Über die Hälfte der AfD-Wähler stimmte der Einschätzung zu, dass die AfD sich „nicht genug von rechtsextremen Positionen“ distanzieren. Diese Antwort drückt also aus, dass die Mehrheit der AfD-Wähler mit den „rechtsextremen Positionen“ der Partei eigentlich nicht einverstanden ist.

4. Die Partei DIE LINKE und die gesellschaftliche Linke betrachten die Arbeiterklasse nicht als Hauptadressaten ihrer Politik – insbesondere auf dem Gebiet der DDR.

Bei der Erläuterung dieser These beginne ich mal mit einer autobiografischen Beobachtung: In meiner Jugend als SDAJler Anfang der 90er Jahre war es völlig normal, Bundeskanzler Helmut Kohl jeden öffentlichen Auftritt zu versauen. Das machte vor allem deshalb so einen Spaß, weil die Bevölkerung im Prinzip immer auf unserer Seite war. Wenn es gegen „Birne“ ging, waren wir uns alle einig. Zurück ins Jahr 2017: Kein Merkel-Wahlauftritt findet ohne Proteste statt. Ohne Zweifel waren bei diesen Protesten Transparente und Plakate von AfD und NPD zu sehen. Es gab aber auch Schilder, die zum Generalstreik aufriefen oder direkte Demokratie einforderten. Nicht zu sehen waren hingegen Fahnen und Transparente der Partei DIE LINKE – auch nicht der DKP. Warum eigentlich nicht? Weil Faschisten da waren? Warum wurden sie nicht zurückgedrängt? Warum wurde ihnen das Vorrecht eingeräumt, gegen eine Kanzlerin der Monopole zu demonstrieren?

Ich glaube, an dieser Beobachtung im Wahlkampf wird einiges deutlich, was ich als eine Tendenz in bestimmten linken Kreise wahrnehme: Akzeptiert wird nur eine Arbeiterklasse, wie man sie sich wünscht. Die Linke redet nicht wie Gabriel von „dem Pack“, aber so richtig geheuer ist dem urbanen Salonlinken dann diese Arbeiterklasse doch nicht. Zu beobachten ist insbesondere in den letzten Jahren, dass die gesellschaftliche Linke sich nicht nur politisch sondern auch kulturell immer mehr von der Arbeiterklasse entfremdet und mitunter massenfeindliche, elitäre Ideologien immer mehr Zuspruch unter Linken erfahren, wenn auch in subtiler

Form. Ich bin ein wenig stolz, Mitglied einer Partei zu sein, in der solche massenfeindlichen Allüren nie akzeptiert wurden. Aber wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir uns auch eingestehen, dass diese Tendenz in der Linken unsere Partei nicht völlig unberührt lässt.

Doch es waren beim Wahlkampf nicht einfach nur kulturelle Dissonanzen, die dazu führten, dass große Teile der wählenden Arbeiterklasse nicht der Partei DIE LINKE ihre Stimme gaben. Es gibt dafür auch handfeste politische Fehlorientierungen bei der Partei DIE LINKE.

Zu verdeutlichen ist dies an einem Positionspapier des LINKEN-Vorsitzenden Bernd Riexinger im Wahlkampf mit dem eingängigen Titel „For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle!“ In diesem Positionspapier dreht es sich um die Forderung nach einem „neuen Normalarbeitsverhältnis“. Riexinger stellt dazu fest, dass die offiziell gesunkene Erwerbslosenzahl im Wesentlichen durch die Ausweitung der prekären Arbeit erzielt wurde. Das ist keineswegs falsch – und falsch sind auch nicht die Forderungen, die in dem Papier erhoben wurden wie die Arbeitszeitverkürzung oder die Anhebung des Mindestlohns auf 12 € uvm. Das alles liest sich wie ein Schlaraffenland für Arbeiter und Angestellte und macht sich dementsprechend gut im Wahlkampf. Das Problem an dem Positionspapier ist, dass es die Interessen der Arbeiterklasse auf ihre nächstliegenden sozialen Interessen reduziert.* Das stimmt aber mit der tatsächlichen Widerspruchsverarbeitung in der Klasse nicht überein, wie die Bundestagswahlen zeigen. Das hat m.E. vielschichtige Gründe:

- Wie erwähnt, wird das politische Interesse der Menschen seit 2014/15 dominiert durch das Thema Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland. Anstatt aber die Empörung über Merkels imperialistische Außenpolitik anzugreifen, vermieden es Riexinger in seinem Positionspapier und die LINKE in ihrem Wahlkampf tunlichst, das Thema Flucht und Merkels Flüchtlingspolitik entsprechend anzugehen. Diese Lücke überließ die LINKE stattdessen der AfD,

der so allein auf die Arbeiterklasse losgelassen und durch die Medien gefördert im Prinzip alles nachgesehen wurde durch ihre Wähler – selbst, dass die AfD sich mit ihrem Bekenntnis zu NATO im Programm zum Fluchtverursacher Nr. 1 auf der Welt bekennt. Es gilt festzuhalten: „Gescheitert sind im Bundestagswahlkampf (...) Strategien, die darauf zielten, dem Thema Flüchtlinge und Integration durch andere (soziale) Themen (...) die wahlentscheidende Bedeutung zu nehmen.“ – so schrieb es die Rosa-Luxemburg-Stiftung in einer ersten Wahlanalyse ihrer eigenen Partei ins Stammbuch.

- Bei der Partei DIE LINKE kommt ihre regionale Verankerung auf dem Gebiet der DDR hinzu. Gleichwohl die Kreise im Osten immer kleiner werden, die die DDR selbst bewusst miterlebt haben, darf die identitätsstiftende Rolle der DDR im Bewusstsein der ostdeutschen Menschen nicht unterschätzt werden, die auch in jüngeren Generationen fortbesteht. Das wird verstärkt und reproduziert durch die Tatsache, dass Westdeutsche nach wie vor zentrale Wirtschaftspositionen und Stellen im Öffentlichen Dienst dominieren, was – nicht zu Unrecht – von den Menschen im Osten als (westdeutscher) Kolonialismus empfunden wird – zusammen mit der organisierten Deindustrialisierung nach der Konterrevolution und der damit einhergehenden Einführung eines Billiglohn-Reservats „Ost“. Dazu zählen nicht zuletzt auch die ideologischen Angriffe gegen die DDR: von den Strafrenten bis zur Verteufelung der DDR-Kindergärten. Die Menschen empfinden diese Angriffe dabei nicht unbedingt als Angriffe gegen „den Sozialismus“, sondern in erster Linie als Angriff gegen ihre Heimat. Und in diesem Sinne haben die Menschen in Ostdeutschland auch Null-Toleranz für den Kniefall von Teilen der Partei DIE LINKE vor dem staatlich verordneten Antikommunismus. Dieser äußerte sich beispielsweise im Wahlkampf darin, dass die Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak der SED attestiert, eine rechte Partei gewesen zu sein, weil sie sich u.a. auf die Nation bezog. Und natürlich taucht die Rolle der DDR und die spezifische Situation der Ostdeutschen heute in Riexingers Positionspapier mit keiner Silbe auf. Das zeigt aber: Die Führung der

Partei DIE LINKE pflegt theoretisch ein ökonomistisches Verständnis von Klassenkämpfen. Für sie gibt es den Klassenkampf nur im ökonomischen Klassenkampf um Löhne, Arbeitszeit etc. Vom politischen Klassenkampf will ihre Führung nichts wissen. Für diese theoretische Uneinsichtigkeit bekam sie ganz praktisch in Ostdeutschland bei den BTW die Quittung. Kein Grund zur Freude, aber eine Tatsache.

- Wie verengt die Sicht in Riexingers Positionspapier ist, zeigt auch die Tatsache, dass das Thema Frieden einfach nicht erwähnt wird, obwohl dieses Thema, wie die Langzeitumfragen der Forschungsgruppe Wahlen zeigt, von größerer gesellschaftlicher Relevanz ist nach 2010 als das Thema „Arbeitslosigkeit“. Und dass auch, obwohl gerade in Ostdeutschland Mehrheiten, nicht nur allgemein gegen Krieg sind, sondern dies überdurchschnittlich mit einer Abneigung gegenüber der NATO und der Aggressionspolitik gegen Russland verbinden. Alle Umfragen zeigen hier dieselbe Tendenz. Auch hier erliegt der „Nur-Gewerkschafter“ Riexinger wieder seiner eigenen verengten Sicht, was Klassenkämpfe sind. So wird aber ersichtlich, warum die LINKE ihre Bindekraft im Osten verliert – auch und vor allem in der Arbeiterklasse.

- Zuletzt: Wie glaubwürdig sind die sozialen Forderungen der Partei DIE LINKE, wenn wir uns ihre Regierungspolitik allein in Berlin vor Augen führen? Von der größten Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestands in der Geschichte Berlins über die Agitation gegen (!) das Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge bei der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe bis zur jetzt angestrebten Privatisierung von Schulgebäuden durch den R2G-Senat: Kontinuierlich gestaltet die Partei DIE LINKE den Sozialabbau in Regierungsverantwortung mit. Das macht die Wahl der Partei schon für die Mitglieder zu einer Qual – dass diese Mitglieder im Familien- und Bekanntenkreis für ihre Partei offensiv werben, darf bezweifelt werden.

2.) Einschätzung der Wahlergebnisse der DKP und Schlussfolgerungen

a) Einschätzung der DKP-Wahlergebnisse

Wenn ich das Ergebnis der Partei DIE LINKE so ausführlich interpretiert habe, dann nicht, um auf die Freunde in der Partei DIE LINKE im besonderen Maße einzuschlagen und dabei Gefahr zu laufen, den eigentlichen (Klassen-)Gegner aus dem Blick zu verlieren. Ich habe mich so ausführlich mit der Partei DIE LINKE beschäftigt, weil ich der Meinung bin, dass wir aus den Fehlern der Partei DIE LINKE beim BTW 2017 etwas lernen können – lernen können, Fehler zu unterlassen, unsere Chancen zu erkennen als Partei (nicht nur in Wahlkämpfen) und zu dem zu werden, was wir im Bundestagswahlkampf u.a. behauptet haben zu sein: Druck von links auf die Partei DIE LINKE.

Ich stelle einleitend fest: Wir haben in Bezug auf das numerische Ergebnis mit 11.713 Stimmen keinen Druck von links auf die Partei DIE LINKE ausgeübt. Das Ergebnis spiegelt den marginalen Einfluss der DKP wider. Das ist zwar bitter in dieser Konkretheit – aber verwundern kann dieses Ergebnis die Partei nicht.

Es wäre davon ausgehend auch falsch, die DKP auf ein „linkes Korrektiv“ der Partei DIE LINKE im Wahlkampf zu reduzieren. Das erste Ziel der DKP-Kandidatur war es, konzentriert nach außen zu treten – und zwar auf Ebene der Grundorganisationen –, Erfahrungen in den Diskussionen mit Menschen zu sammeln, seine eigene Stärke, aber natürlich auch Schwächen kennenzulernen. Dieses Ziel hat unsere Partei mit dem Wahlkampf erreicht.

Auf Grundlage Einschätzung gilt es dann, das numerische Ergebnis einzuordnen. Zum Vergleich können die Wahlergebnisse der EU-Wahl 2014 herangezogen werden, wo die DKP bundesweit etwas über 25.000 Stimmen erreichte – also mehr als das Doppelte. Wie erklärt sich diese Differenz?

1. Mehrere tausend Stimmen sind uns entgangen, weil wir in 7 Bundesländern gegenüber der EU-Wahl 2014 nicht wählbar waren. Organisatorisch war die Hürde hier, dass wir sehr viel mehr Unterschriften sammeln mussten – und zwar in jedem Bundesland. Die Gründe, warum das nicht flächendeckend gelang, sind unterschiedlich: Sie sind im Osten überwiegend Ausdruck einer organisatorischen Schwäche und in westdeutschen Bezirken z.T. Ergebnis eines Boykotts von Teilen der Partei.
2. Das Spektrum, auf das die DKP bei der BTW 2017 abzielte, war gering: Es ging um Wählerinnen und Wähler, die die DKP kennen und dieses Mal bei uns statt bei

der LINKEN ihre Kreuz machen sollten. Für diesen wirklich kleinen Kreis an potenziellen Wählern reichten im Prinzip schon ein Artikel im ND und ein Artikel in der jW, die im Wahlkampf die Zerstrittenheit der DKP dokumentierten. Damit war die DKP für dieses Umfeld im Prinzip schon unwählbar, wobei die Gründe für diese Zerstrittenheit erst mal völlig irrelevant sind. In diesem Kontext ist es dann aufgrund eines mehr als fragwürdigen Wahlkampfbudgets der MLPD gelungen, sich in Form von Materialschlachten als Wahlalternative zu uns zu profilieren, wobei sie es im Osten wohlwissend vermied, ihre antikommunistische Haltung gegenüber der DDR zu preisgeben. Aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen hatte die MLPD dabei einen strategischen organisatorischen Vorteil: Sie war in der Lage, flächendeckend – auch in dünn besiedelten Regionen – mit Wahlplakaten ihre Präsenz abzusichern.

3. Zuletzt muss auf den unterschiedlichen Charakter der EU- und Bundestagswahl hingewiesen werden: EU-Wahlen werden zu Recht nicht ganz ernst genommen – jeder weiß im Prinzip, dass das EU-Parlament faktisch eine demokratiefreie Zone ist. Bei BTW haben die Menschen tatsächlich das Gefühl – und gegenüber der EU-Wahl ist da auch etwas Wahres dran –, dass ihre Stimmenabgabe wirklich bedeutend ist und sie damit über die Geschehnisse im Land mitentscheiden. Und in diesem Zuge überlegen sie sich sehr gut, ob eine Stimme für die DKP eine „gut angelegte Stimme“ ist. An dieser Tendenz bei BTW kann die DKP auf absehbare Zeit erst mal nichts ändern.

Diese drei Punkte machen die Stimmenverluste gegenüber den EU-Wahlen 2014 verständlich. Interessant ist, zu untersuchen, wo die DKP bei den BTW gegenüber den EU-Wahlen 2014 ihr Wahlergebnis halten konnte. Das ist tatsächlich in einem Bundesland der Fall: Brandenburg. Das Ergebnis ist hier in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert:

- Mit 2.500 Zweitstimmen war es in absoluten Zahlen das beste Ergebnis bundesweit.
- Bezogen auf die Mitgliederzahl der DKP – aber auch die Bevölkerungszahl – in NRW, wo die Partei ihr zweitbestes Ergebnis mit ca. 2.200 Zweitstimmen hatte, sticht das Brandenburger Ergebnis noch mal hervor.
- Brandenburg ist das einzige Bundesland, in dem die DKP doppelt so viele Stimmen erhielt wie die

MLPD – das gelang ansonsten nur mit einem hauchdünnen Vorsprung von ca. 70 Stimmen der Berliner DKP.

Was sind die wesentlichen Faktoren, die zu diesem Ausnahmeergebnis in Brandenburg führten? Im Wesentlichen sind es zwei Gründe:

1. Die DKP Brandenburg weist eine kontinuierliche Wahlpolitik auf. Die Brandenburger Genossinnen und Genossen kandidieren seit 2004 bei den Landtagswahlen und waren somit z.B. auch 2014 neben der EU-Wahl auf dem Stimmzettel der Landtagswahlen. Und damit verbunden war natürlich auch ein entsprechendes Auftreten im Wahlkampf. Gegenüber den letzten Wahlen ist die DKP Brandenburg dazu übergegangen, in allen Wahlkreisen mit Direktkandidaten anzutreten. Welche positiven Effekte es hat, die DKP auch mit der Erststimme wählen zu können, zeigen die Ergebnisse in Bottrop. Eine rein wahlpolitische Konsequenz daraus sollte also lauten: Wahlpolitik braucht wahlpolitische Kontinuität und kommunistische Persönlichkeiten, die der Partei ein Gesicht geben. Das gilt umso mehr, als dass wir der Erfahrung Rechnung tragen müssen, dass ganze Generationen seit 1989 nicht mehr wissen, was Kommunisten eigentlich wollen, wofür sie stehen – einfach weil es schlichtweg keine Kommunisten in ihrem Umfeld gibt.
2. Die Kandidatur der DKP in einem ostdeutschen Bundesland stößt auf einen Nährboden der politischen Sympathie in größeren Bevölkerungsteilen. Ich kann diese These nicht quantitativ belegen, aber meine neue Erfahrung im Wahlkampf im Osten – gegenüber den Erfahrungen in West-Berlin und Niedersachsen – war, dass Antikommunismus keine Rolle spielte – selbst in Gesprächen mit bekennenden AfD-Wählern. Das Gegenteil war der Fall: Ein positiver Bezug auf die DDR war in den Gesprächen ein gemeinsamer Nenner und Türöffner für Gespräche. Diese Erfahrung war für mich als Wessi völlig neu. Die Wahlergebnisse sind deshalb für mich ein Indiz dafür, dass die DKP trotz ihrer organisatorischen Schwäche auf dem Gebiet der DDR in Bezug auf die Stimmungslage in breiten Bevölkerungsteilen über Wahlpolitik hinaus eine Chance hat, sich organisatorisch zu entwickeln. Das setzt natürlich voraus, zumindest punktuell auch bundesweite Ressourcen in den

Osten zu stecken, die nicht im Verhältnis zur tatsächlichen Mitgliedschaft stehen. So muss m.E. unbedingt und frühzeitig bei den nächsten BTW mindestens eine weitere Kandidatur in Ostdeutschland abgesichert werden. Das kann nur durch einen Kraftakt der Bundespartei gelingen und eine Verbindlichkeit, diesen Kraftakt als Bundespartei zu leisten.

Ich bin jetzt auf einige Aspekte eingegangen, wie sich die Stimmenverluste bei der BTW gegenüber der EU-Wahl 2014 erklären. Das erklärt aber m.E. noch nicht, warum es nicht gelungen ist, von den Wählerverschiebungen bei der Partei DIE LINKE zu profitieren, z.B. Teile der Arbeiterklasse auf uns aufmerksam zu machen, die sich von der LINKEN abwandten. Ein Grund vorweg geschickt ist sicherlich wiederum organisatorischer Natur: Da wo die LINKE ihre größten Verluste hinnehmen musste – im Osten –, stand die DKP einfach nicht auf dem Wahlzettel. Klar muss auch sein: Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, herzuleiten, dass eine andere Ausrichtung im Wahlkampf tatsächlich im nennenswerten Maße die Größenordnung des Ergebnisses beeinflusst hätte. Wenn wir uns allein unsere finanziellen Spielräume vor Augen führen, müssen wir klar benennen: Es ist auf unserem Level das finanzielle Sein in der Kasse der Bundespartei, das das Bewusstsein der Arbeiterklasse im Wahlkampf bestimmt. Unter dieser Prämisse möchte ich aber auch auf einige Aspekte zur inhaltlichen Ausrichtung des DKP-Wahlkampfes sagen, die ich für bedeutend halte:

1. Es war richtig, mit der Grundlosung „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – wählt Kommunisten!“ aufzutreten.

Wir haben damit versucht, zum Ausdruck zu bringen:

- Frieden und Arbeit sind die zentralen Felder der Klassenseinsetzung. Damit liegen wir richtig und sind damit nicht den Weg des LINKEN-Vorsitzenden Riexinger gegangen, den Menschen Scheuklappen aufzusetzen und ihren Horizont auf ökonomische Forderungen einzustampfen.
- Wir haben mit dem Schlagwort „Solidarität“ ein Verhaltensprinzip der Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt gestellt, das seine gegenseitige Hilfsbereitschaft aus der gemeinsamen materiellen Grundlage ableitet – nicht aus selbstloser Nächstenliebe.
- Wir haben das Ganze deutlich gekennzeichnet als Positionen der „Kommunisten“.

Kritisch müssen wir im Nachhinein allerdings auch bewerten, in wie weit es uns gelungen ist, die beiden Themen Frieden und Arbeit wahrnehmbar

im Wahlkampf zu konkretisieren. So ist das Eintreten für den Frieden in dieser Allgemeinheit schwer greifbar – und wir sind nicht den Schritt gegangen, die Friedensfrage dort zu konkretisieren, wo der Widerspruch zwischen Friedenspositionen in der Bevölkerung und der Kriegstreiberei der Herrschenden am deutlichsten auseinanderklafft: in der Haltung zu Russland. Ich verweise hierzu auf die jüngste Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstitut Ifop, die ergab, dass 87 % der Deutschen dafür sind, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland verbessern. Diese Kritik muss dabei richtig eingeordnet werden: Natürlich sind wir in unseren Flyern oder der UZ-Extra mit der Forderung „Frieden mit Russland!“ aufgetreten. Aber wenn wir bedenken, dass die meisten Menschen nur über unsere Plakate auf uns aufmerksam geworden sind und vielleicht noch durch unsere Pressearbeit, müssen wir in der Außenansicht feststellen, dass dieses Alleinstellungsmerkmal der DKP im Wahlkampf nach außen nicht wirklich durchdrang.

Ähnliches – wenn auch in einer anderen Form – gilt für das Thema „Arbeit“. Wir haben als DKP sehr wohl erkannt, dass die Frage von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich eine strategische Forderung ist, die einen Konter- und Sammelpunkt gegen die zunehmende Spaltung der Klasse und die anhaltende Arbeitsplatzvernichtung im Zuge der wissenschaftlich-technischen Umwälzung der Produktivkräfte bildet. Das zeigen nicht nur die Diskussionen in den Gewerkschaften, sondern auch die anstehenden Tarifauseinandersetzungen in der Metallbranche, in der die IG Metall das Thema Arbeitszeit in den Mittelpunkt stellt. Nun müssen wir allerdings auch eingestehen: Arbeitszeitverkürzung liegt den Menschen als Forderung nicht auf den Lippen – die IGM muss für ihre Tarifrunde viel Aufklärung leisten. Ergo: Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wäre nicht durch die Decke gegangen bei den Menschen im Wahlkampf und hätte auf Wahlplakaten auch nicht funktioniert. Aber da Wahlkämpfe eben ein konzentriertes Auftreten der Partei nach außen sind, wäre es m.E. richtig gewesen, den Wahlkampf auch für eine Aufklärungskampagne unter Kolleginnen und Kollegen zu nutzen, um über unsere Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu informieren und uns zu profilieren. Wir hätten damit sicherlich nur einen kleinen Kreis der Klasse erreicht – aber es wäre der nicht nur für uns attraktivste, sondern auch für die Formierung der Arbeiterbewegung wichtigste Teil der Klasse gewesen.

Positiv ist in Bezug auf unsere Losungen weiterhin hervorzuheben, dass wir im Wahlkampf im Gegensatz zur Partei DIE LINKE die Klassenkräfte plakativ in den Mittelpunkt stellten,

die für die forcierte Ausbeutung, für Flucht und Kriege die Verantwortung tragen: „Die Reichen“. Ich weiß, dass dieser Begriff unter uns als nicht gerade exakt aufgefasst wird. Aber ich kann euch versichern: Der Begriff „Finanzoligarchie“ ist in den Köpfen der Menschen keineswegs exakter definiert.

Für den Wahlkampf war diese Schlagrichtung wichtig und über den Wahlkampf hinaus muss die Forderung nach einer Millionärssteuer ein wichtiger Eckpfeiler in der Agitation sein, wenn es darum geht, die ideologische Mauer des neoliberalen „Sachzwangs Sparen“ zu durchbrechen. Ich glaube weiterhin, dass das Wahlplakat „Gesundheit als Ware? Das ist doch krank!“ durchaus seine Wirkung erzielte, weil damit eine Empfindung in der Bevölkerung aufgriffen wurde, dass Gesundheit nicht Profitinteressen unterworfen werden darf und wir uns damit indirekt auf die Tariffbewegung in den Krankenhäusern bezogen.

2. Auch wir haben uns gescheut, konkrete Antworten auf die imperialistische Flüchtlingspolitik zu geben.

Mit unserem Sofortprogramm haben wir strategisch den richtigen Pflock gesetzt, aber der Wahlkampf der Partei DIE LINKE zeigt auch, was wir auch falsch gemacht haben: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wenn der Stein des Anstoßes in einer Klassenseinwanderung der sprunghafte Anstieg von Geflüchteten ist, die Menschen auf diese konkrete Frage eine konkrete Antwort wollen.

Wenn die Arbeiterklasse den Zuzug von Geflüchteten als Konkurrenz wahrnimmt, dann ist es sicherlich richtig, sich gegen die Spaltung der Klasse zu wenden. Aber es liegt doch auf der Hand, dass diese Agitation eben auch eher Aufklärungscharakter hat, aber wir nicht davon ausgehen können, dass ein derart ausgereiftes Klassenbewusstsein vorherrscht, dass in der Solidarität mit den Geflüchteten z.B. auf dem Arbeitsmarkt gleichzeitig die Verteidigung der eigenen Interessen erkannt wird. Wenn es so wäre, würden die Kräfteverhältnisse im Land anders aussehen.

Was ist die Konsequenz daraus? Die Konsequenz kann m.E. nicht sein, mit Katja Kipping und der AfD um ein Einwanderungsgesetz mit menschlichem Antlitz zu streiten – da vertrete ich den Standpunkt: das gibt es im Imperialismus nicht. Der Imperialismus sorgt durch das Gesetz der ungleichen Entwicklung stets dafür, neue Flucht- oder Migrationsgründe zu schaffen. Das heißt aber nicht, dass die Frage egal ist! Krieg ist auch ein Wesensmerkmal des Imperialismus, aber keiner würde deshalb behaupten, die Frage sei im antiimperialistischen Kampf egal. Dementsprechend hätten wir m.E. den

imperialistischen Charakter der Merkelschen „Wirtschaften-das“-Politik deutlich als solchen benennen und ablehnen müssen. Ich möchte das nur an zwei Aspekten deutlich machen:

- Wir hätten das Thema „Frieden“ stärker auf das Thema Flucht zuspitzen müssen. Ich erwähnte bereits, dass die NATO mit ihrer Kriegspolitik Haupttriebkraft war für die Fluchtbewegungen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Das hätte ein zentraler Zugang sein können, den Blick auf die wirklich Verantwortlichen von Flucht zu richten – und die AfD zu entlarven.

- Wir hätten uns stärker der Frage stellen müssen, wer die Kosten durch Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten trägt. Wir hätten auch in diesem Punkt explizit sagen müssen: Die Reichen tragen mit der Politik in ihrem Interesse die Verantwortung für Flucht – sie sollen auch die Kosten der Flucht und Integration zahlen.

Diese Ansätze wären m.E. Ansätze – nicht Komplettlösungen – gegen die rassistische Agitation der AfD gewesen, die genau in diesen Punkten ihren ganzen Klassencharakter offenbart, indem sie gezielt ablenkte von den Fluchtverursachern. Von daher kann es auch nicht angehen, bei der Frage der Verantwortung für das AfD-Ergebnis immer nur auf andere zu zeigen – wir müssen in diesem Punkt auch Selbstkritik leisten, um Schlussfolgerungen für das weitere Handeln zu ziehen.

3. Mit dem Sofortprogramm hat die DKP ihre Bereitschaft signalisiert, in aktuelle Klassenkämpfe einzugreifen. Aber die besten Programme kämpfen nicht – Menschen kämpfen.

Egal, wie genau wir um unsere Losungen im Wahlkampf gerungen hätten: Wir stehen vor einem Glaubwürdigkeitsproblem, mit dem erst mal alle Parteien im Wahlkampf zu kämpfen haben. Das Problem heißt: Wir können viel erzählen, wenn der Tag lang ist – entscheidend ist, wie wir handeln. Und bei einer Kommunistischen Partei gibt es noch einen weiteren Punkt: Ziel unserer Wahlpolitik ist nicht nur, dass die Menschen uns wählen sollen – wir wollen die Menschen mobilisieren – über den Wahlkampf hinaus. So etwas kann der Sache nach aber nicht funktionieren, indem wir den Menschen im Wahlkampf das Sofortprogramm in die Hand drücken – und nach der Wahl unsere einzige Aufgabe darin sehen, die Klasse mit unseren richtigen Losungen im Sofortprogramm zu beschallen. Der Motor für die Entwicklung von Klassenbewusstsein für die Entwicklung eines antimonopolistischen Bewusstseins in den Massen ist das eigene Handeln – und unser Handeln als Kommunistinnen und Kommunisten in Abwehrkämpfen ist der Gradmesser für das Vertrauen, dass uns und unseren Losungen

entgegengebracht wird. Wir stoßen hier also an einen Punkt, wo die Bedingungen für unser Eingreifen in antimonopolistische Abwehrkämpfe auf engste mit zwei Fragen verbunden sind:

1. In wie weit gelingt es uns, möglichst exakt zu bestimmen, worin sich der Antagonismus zwischen Monopolbourgeoisie und antimonopolistischen Volksschichten mit der Arbeiterklasse als Kern heute herausbilden?

Der Leitantrag des PVs an den 22. Parteitag weist eindeutig darauf hin, dass wir diesen Weg der Strategieentwicklung gehen wollen. Er zeigt aber m.E. auch unsere Grenzen auf: Dass unser marginaler Einfluss in der Klasse einhergeht mit einer Unkenntnis, in welchen konkreten Formen sich der anhaltende Klassenkampf von oben im Bewusstsein der Arbeiterklasse widerspiegelt und welche Schlussfolgerungen daraus in der Parteiarbeit zu ziehen sind. Wir sehen hier also: Ein theoretisches Problem der Partei – nämlich die Strategieentwicklung – stößt an ihre Grenzen aufgrund der mangelnden Erfahrung der Partei in der politischen Praxis. Das wiederum ist im Wesentlichen ein Problem der Organisationspolitik.

2. In wie weit gelingt es uns organisationspolitisch, die Bastionen der Partei vor Ort zu stärken, wo die Partei sich im Alltag als glaubwürdige Kraft im antimonopolistischen Kampf profilieren muss?

Hier schließt sich der Kreis: Theoretische Klarheit in der Strategieentwicklung kann nur einhergehen mit einer gezielten Stärkung der Grundorganisationen der DKP, weil diese Augen, Ohren und Hände der Partei im Alltag sind. Eine hohe Zahl funktionierender GOs erhöht nicht einfach nur unsere Schlagkraft, sondern erhöht unseren Bekanntheitsgrad in der Klasse und eben auch die Wahrnehmung der Partei bei der möglichst exakten Erfassung, wie die Klasse denkt und fühlt, wo der Klassengegner einfallen kann und wo die Möglichkeit besteht, die Hegemonie des Klassengegners in kleinen Teilabschnitten des Klassenkampfes zu brechen. Diesen Ansatz verfolgt m.E. der Antrag zur Parteistärkung, den wir dieses Wochenende als Antrag an den 22. Parteitag beschließen werden.

b) Schlussfolgerungen für das aktuelle Handeln der Partei

Ich habe bereits benannt, dass das Ringen um eine Konkretisierung des Leitantrags und die Diskussion um den Antrag zur Parteistärkung im Prinzip schon zwei Schlussfolgerungen sind aus der Einschätzung der Bundestagswahl und unserem Wahlkampf. Ich möchte abschließend aber auch ein paar Punkte benennen, wo wir als Partei jetzt nach der Wahl in

Klassenauseinandersetzungen konzentriert eingreifen sollten.

Um hierfür einen Anhaltspunkt zu liefern, gilt es, im ersten Schritt sich die Frage zu stellen: Was sind die zentralen Vorhaben der deutschen Monopolbourgeoisie in der kommenden Zeit? Eine genaue Beobachtung des Theaters um die Regierungsbildung ist hier weniger ergiebig als die Monopole im O-Ton zu lesen – so z.B. den 10-Punkte-Plan des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Ich möchte aus diesem 10-Punkte-Plan auf zwei Aussagen hinweisen:

1. Im BDI-Plan heißt es: „Innovation und Investitionen statt weiterer sozialer Wohltaten. (...) Politik und Gesellschaft müssen wieder mehr Zutrauen in marktwirtschaftliche Prozesse fassen.“

Das ist übersetzt eine klare Ansage, welche staatsmonopolistischen Eingriffe im Interesse der Monopolbourgeoisie auf der Tagesordnung stehen: Eine weitere Umverteilung des Steueraufkommens zur Entwicklung und Entfaltung der Produktivkräfte im Interesse der Monopole. Nichts anderes ist gemeint, wenn der BDI und Politik ständig von der Digitalisierung aller Lebensbereiche schwadronieren – ob die Digitalisierung in der Schule, im Verkehr oder dem Ausbau der Breitbandnetze. Bei allen diesen Projekten geht es darum, durch Technologievorsprung der Produktivkräfte den Monopolen Extraprofite zu sichern. Diese Förderung zahlen die Werk tätigen nicht nur mit ihrem Löwenanteil am Steueraufkommen, sondern gleichzeitig durch eine weitere angestrebte Enteignung öffentlichen Eigentums und damit Leistungen der öffentlichen Hand. Nichts anderes ist gemeint, wenn der BDI „mehr Zutrauen in marktwirtschaftliche Prozesse“ einfordert.

Ein Aufblitzen, was das bedeutet, war bereits die Ankündigung der FDP in den Sondierungsgesprächen, den Ausbau der Breitbandnetze – unter dem neoliberalen Dogma der Schuldenbremse – durch die vollständige Privatisierung der DB zu finanzieren. Was das für die Belegschaft und die Mobilität der Bevölkerung bedeutet, sehen wir an der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen bei der DB und dem Ausdünnen des Regionalverkehrs, wovon vor allem Pendler und die Landbevölkerung betroffen sind.

Dieses Interesse der Monopolbourgeoisie, den Staat einzubinden für ihre Expansionsstrategien erzeugt Gegentendenzen. Wir können nicht mit Bestimmtheit sagen, wo es zu den größeren Klassenzusammenstößen in der kommenden Zeit kommen wird. Aber wir können bestimmte Bereiche im Blick behalten. Ich möchte an dieser

Stelle auf zwei Bereiche hinweisen (und es sind m.E. nicht die einzigen):

1. Gesundheitsbereich

Die Ausrichtung des Gesundheitssektors entlang der Profitinteressen der Monopole ist zu einer Keimzelle von Widerstand geworden. Der Grund für die katastrophalen Zustände in der Versorgung der Patienten und den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten haben dabei ihre Ursache in zwei Aspekten: Einerseits die Durchsetzung von Profitinteressen der MB durch die Privatisierung im Gesundheitssektor – andererseits das Bedienen der Profitinteressen der MB durch staatliche Investitionen in Forschung, Rüstung, Steuerförderung etc. – Investitionen, die den Kommunen und Städten bei dem gesetzlich festgelegten Sicherstellungsauftrag der Krankenhausversorgung fehlen. Dieser destruktive Stempel, den die MB dem Gesundheitssektor aufdrückt, erzeugt Gegenwehr, wie wir bei den Tarifbewegungen der Beschäftigten beobachten konnten und sich in Tarifforderungen nach einer Personalmindestbemessung artikulieren. Das besondere dieser Tarifbewegung zeichnet aus, dass die Interessen der Beschäftigten unmittelbar mit den Interessen breiter Bevölkerungsschichten zusammenfallen – denn früher oder später liegt jeder im Krankenhaus oder hat einen Angehörigen im Krankenhaus. Es sprengt an dieser Stelle den Rahmen, die Tarifikämpfe von ver.di in diesem Bereich näher einzuschätzen. Aber wir sollten festhalten: Da wo ver.di über sogenannte Druckbetriebe aktiv wird und die Belegschaft sich regt, haben wir als DKP die Möglichkeit und auch Pflicht, als Resonanzboden der Kolleginnen und Kollegen in die Bevölkerung hineinzuwirken.

2. Industrie

Die notwendige Expansion des Monopolkapitals in neue Anlagensphären mit hohen Profiterwartungen, zieht zwingend Arbeitsplatzvernichtung nach sich. Eine solche Arbeitsplatzvernichtung kündigt sich aktuell bei ThyssenKrupp im Zuge der angestrebten Fusion mit dem indisch-britischen Konkurrenten Tata an und bei Siemens, wo im Bereich der Energieversorgung und der Antriebstechnik bis zu 6.900 Stellen inklusive ganzer Werke in Leipzig, Görlitz, Offenbach oder Berlin-Spandau auf dem Spiel stehen. Das Problem der Konzerne ist dabei nicht, dass sie keinen Profit einfahren – das Problem ist, dass die Profiterwartungen zu niedrig sind, um im weltweiten Kampf der Monopolgruppen vorne mitzuspielen. Und das wird ohne Rücksicht auf Verluste auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen und der ganzen Gesellschaft, die für die Kosten der Arbeitsplatzvernichtung aufkommen muss. Solche

und andere Angriffe der MB auf ökonomischer Ebene sind Klassenauseinandersetzungen, in denen die DKP ihre Solidarität zeigen muss. Das heißt auch, dass wir uns über eine Strategie verständigen müssen, wie wir in diesem Bereich ein Minimum an Handlungsfähigkeit gewinnen wollen.

2. Der BDI fordert in seinem 10-Punkte-Plan weiterhin, die „Rohstoffversorgung für Zukunftstechnologien“ sicherzustellen.

Diese Marschroutenvorgabe ist eine mehr oder weniger verklausulierte Formulierung für eine erhöhte Aggressionspolitik nach außen. Voraussetzung hierfür ist weniger der „Wille zur Aggression“ – den alle Bundesregierungen bis dato aufbrachten –, sondern die realen materiellen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Bundeswehr auch aggressiv agieren kann. Es geht also um eine schnellere Dynamik bei der Aufrüstung. Diese Bereitschaft hat die Bundesregierung in der Vergangenheit bereits mit dem Bekenntnis zur 2%-Aufrüstungsvorgabe der NATO abgegeben. Es wurde jüngst aber noch mal in neuem Gewande präsentiert: Durch die Unterzeichnung des EU-Abkommens zur „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ – kurz PESCO – hat sich die derzeit geschäftsführende und wahrscheinlich zukünftige Regierungskoalition dazu verpflichtet, dass der Kriegshaushalt „real und regelmäßig“ wächst, wobei mindestens 20 % in Neuinvestitionen fließen müssen. Mit PESCO will das imperialistische Staatenbündnis EU und damit der deutsche Imperialismus vorneweg, dass die EU ihre eigenständigen militärischen Fähigkeiten ausbaut. Dieses Bestreben ist durchaus als Ausdruck zwischenimperialistischer Widersprüche zu verstehen. Falsch wäre es aber, PESCO und die Aufrüstung des „Rahmennationenkonzept“ der NATO in Europa als sich ausschließenden Gegensatz zu betrachten: Das Ausbauen der eigenen Militärkapazitäten und -infrastruktur ist der nüchternen Erkenntnis des deutschen MB geschuldet, dass die uneingeschränkte Vormachtstellung des US-Imperialismus im Weltmaßstab ihren Zenit überschritten hat und der Aufstieg Chinas nicht aufzuhalten ist. Um die Vormachtstellung des Imperialismus im Weltmaßstab zu verteidigen, setzt der deutsche Imperialismus deshalb auf eine eigenständige, aber eben auch kompatible Aufrüstung mit der NATO in Europa – das richtet sich keineswegs gegen den US-Imperialismus, sondern erhöht die militärische Hebelwirkung der NATO, die nach wie vor durch den US-Imperialismus dominiert wird. Deswegen verwundert es auch nicht, dass man sich in der EU und in der NATO in der Schlagrichtung einig ist: gegen Russland – und damit über Bande gespielt gegen China.

Um bei der Neuaufteilung der Welt sich seinen Teil des Kuchens zu sichern als Juniorpartner des US-Imperialismus, ist der deutsche Imperialismus gezwungen, die Aufrüstung auf Kosten aller anderen gesellschaftlichen Bereiche voranzutreiben. Dieser Angriff ist nicht nur eine ernstzunehmende Gefahr für den Frieden, sondern weckt auch den Widerstand in verschiedenen Bewegungen: So erleben wir derzeit eine Initiative aus der Friedensbewegung zu einem Aufruf unter dem Motto „Abrüsten statt aufrüsten“, in dem sich gegen die 2%-Aufrüstungsverpflichtung gewandt wird – auch weil diese Gelder im sozialen Bereich, in der kommunalen Infrastruktur, in der Bildung, im Gesundheitsbereich und dem ÖPNV fehlen. Dieser Schulterschluss zwischen demokratischen, sozialen und Friedensforderungen spiegelt sich auch im Kreis der Unterzeichner wider: Neben Vertretern der Friedensbewegung haben auch Gewerkschafter wie der ver.di-Vorsitzende Bsirske oder der DGB-Vorsitzende Hoffmann unterschrieben. Wir können zu diesem Zeitpunkt nicht vorhersagen, welche Dynamik dieser Aufruf erfährt. Es war aber sehr richtig und wichtig, dass der Genosse Patrik Köbele diesen Aufruf als DKP-Vorsitzender unterzeichnet hat. Noch wichtiger ist es, dass wir als DKP uns überlegen, welchen Teil wir dazu beitragen können, dass diese Initiative an Fahrt gewinnt. Denn völlig klar ist: Dieser Widerstand gegen die BW-Aufrüstung kann zu einem Knotenpunkt eines antimonopolistischen Kampfes werden – und wenn ein Schulterschluss mit der Arbeiterbewegung oder auch nur einen Teil von ihr mit der Friedensbewegung gelingt, kann es für die herrschende Klasse unangenehm werden. Das ist dann mit Sicherheit immer noch Lichtjahre entfernt von dem, was wir unter einer revolutionären Situation verstehen. Aber es kann ein Mosaikstein sein auf dem Weg, dessen nächste – weit entfernte – Abzweigung im Klassenkampf wir im Leitantrag eine „Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ nennen. Lasst und auf diesem Weg gemeinsam lernend voranschreiten – auch weil ich davon überzeugt bin: Das ist der Weg zur Einheit der Partei.

* Dieses Positionspapier baut auf dem Konzept „verbindende Partei“ auf, das Riexinger bereits 2016 vorstellte. Schon in diesem Konzept, das als Gesamtparteikonzept von Riexinger vorgestellt wird, tauchen einzig und allein Sozial- und Lohnforderungen auf. Im Wahlkampf hatte die Partei DIE LINKE natürlich auch ein Friedensplakat – aber bestimmend im Wahlkampf war das Konzept Riexingers, was die Themenschwerpunkte betraf. Dass diese Orientierung auch auf Widerstand in der Partei DIE LINKE hervorrief, spiegelte sich auf dem Parteitag darin wider, wie weit das Thema

„Frieden“ im Wahlprogramm nach vorne kommen sollte.

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

25./26. November 2017, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zwischenfazit zur Diskussion des Leitantrages an den 22. Parteitag **Referent: Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP**

Ich gebe einen Überblick über den Stand der Diskussion zum Entwurf des Leitantrages an den 22. Parteitag und argumentiere zu einigen inhaltlichen Fragen.

1. Zum Stand der Diskussionstribüne in der UZ und zur Arbeit der Redaktionsgruppe

Bedingt durch den Bundestagswahlkampf hat die Debatte über den Leitantrag etwas verzögert - so richtig erst ab Mitte/Ende September - begonnen. Es gab bisher vier Diskussionsseiten in der UZ am 15.09., 29.09., 13.10. und zuletzt am 10.11. als eine dreiseitige Sonderausgabe der Diskussionstribüne. Die Pause zwischen dem 15. 9. und 10. 11. entstand unter anderem wegen der ausführlichen Berichterstattung zur zentralen Veranstaltung des Parteivorstandes zur Oktoberrevolution in Berlin und der vorherigen Berichterstattung über die theoretischen Konferenz am 30.09. mit den Referaten von Patrik Köbele und Olaf Harms in Hannover. Das Referat von Hans-Peter Brenner von der theoretischen Konferenz erschien in Auszügen am 10.11. zusammen mit acht weiteren Zuschriften.

Damit gibt es derzeit 18 gedruckte Diskussionsbeiträge. Eine fünfte Tribüne erscheint als Doppelseite in der kommenden Woche. Diese sollte ursprünglich in der laufenden Woche kommen, musste aber aufgrund von Krankheitsfällen in der UZ-Redaktion und des gleichzeitig vorgezogenen Drucktermins verschoben werden. Für diese Doppelseite liegen bis heute elf Beiträge vor.

Die Redaktionsgruppe, die für den Leitantrag vom PV eingesetzt wurde, hatte zu Beginn ihrer Tätigkeit zunächst redaktionelle Richtlinien vereinbart, die Anfang Oktober noch präzisiert wurden, um zu einer gerechten Wiedergabe der Diskussionsbeiträge mit vereinheitlichten Mengenvorgaben von 5000 Zeichen und zur Kürzung von überlangen Beiträgen zu kommen. Die Kürzungen wurden nach Aufforderung durch die Redaktionsgruppe von den Autoren selbst durchgeführt. Die Redaktionsgruppe enthielt sich inhaltlicher Bewertungen. Nur in einem Fall wurden die Autoren gebeten auf

offenkundig unsachliche und teilweise unsolidarische Formulierungen zu verzichten. Die

Langversionen von zugesandten Beiträgen werden auf news.dkp eingestellt.

Zwei Beiträge aus Tübingen, die entweder die Länge einer Broschüre besaßen und sich nicht mit dem Text des Leitantrages, sondern mit der Geschichte der Strategieentwicklung der DKP seit 1968 und/oder schon davor befassten, wurden nach Beschluss der Redaktionsgruppe nicht angenommen.

Die überwiegende Zahl der Beiträge stammt von Einzelautoren. Trotz eines zusätzlichen Rundbriefes an alle Bezirke und PV Mitglieder am 25.10. und auch einer zusätzlichen Email an Genossinnen und Genossen aus dem Umfeld von Redaktionskommission, Autorengruppe und Bildungskommission mit der Bitte um Rückmeldungen über die Diskussion in ihrem Parteiumfeld trafen nur wenige Zuschriften ein, die den Stand und die Ergebnisse der Gruppendiskussionen reflektierten.

Ausnahmen sind zwei recht gründliche Zusammenfassungen über den Verlauf der Diskussion in verschiedenen Berliner Gruppen; eine kurze schriftliche Rückmeldung vom Bezirksvorstand Ruhr, sowie Zuschriften der DKP Minden, der DKP Bremen Nord, der DKP Hamburg Süd, der DKP Halle und Ergebnisse einer sehr frühzeitigen Beratung der Hamburger Bildungskommission zum Umgang mit dem Leitantrag inklusive einer grundsätzlich kritischen Bewertung des Leitantrages. Ich möchte mich für diese Informationen besonders bedanken.

2. Wie ist der Stand der Diskussion in der Partei?

Wie ich bereits anfangs erwähnte, hat der Bundestagswahlkampf dafür gesorgt, dass die organisierte Diskussion an der Parteibasis in den Regel erst danach eingesetzt hat. Ich zitiere aus der Rückmeldung des BV Ruhr-Westfalen vom 7.11.: „Soweit ich es ermitteln konnte, haben die Kreise zumindest eine Diskussion, zumeist mit Referenten dazu geführt. Einige haben einen zweiten Termin zur Fortführung der Diskussion anberaunt, andere insgesamt drei Termine vorgesehen. Es gibt eine Stellungnahme aus Minden, die an die UZ gegangen ist und auch an den PV geschickt werden sollte. (...) Die Gruppe Hamm-Hellweg wird Anträge an die BDK stellen, die ihr dann auch noch bekommt. Münster will

wohl auch einen oder mehrere Anträge formulieren, aber nicht vor unserer BDK. Zur Tendenz der Diskussion kann ich nichts sagen, dazu habe ich zu wenig inhaltliche Rückmeldungen bisher.“

3. Welche anderen Rückmeldungen mit generellen Bewertungen zum Leit Antrag liegen uns vor?

Die DKP Halle schreibt am 08.11. : „Wie versprochen einige Informationen zu unserer Mitgliederversammlung vom 04.11.2017. Ich möchte vor allem auf die Diskussion zum Leit Antrag eingehen. Von den Genossen gibt es eine positive Reaktion auf den Leit Antrag. Sie heben besonders hervor, dass sich die DKP auf den Grundlagen des M/L bewegt. Weiter finden die Genossen gut, wie im Leit Antrag die derzeitige Situation der Arbeiterklasse und auch die Situation der DKP eingeschätzt wird. Zu den inhaltlichen Fragen im Leit Antrag herrscht ebenfalls Zustimmung. Aus der bis jetzt geführten Diskussion kann ich dir mitteilen, dass unsere Parteigruppe dem Leit Antrag voll zustimmt. Es gibt aber auch Probleme, ein Genosse ist mit dem Leit Antrag nicht so einverstanden. Der Genosse stört sich an folgenden Punkten: Raus aus der EU und Raus aus der Nato.“

Am 15.11. schrieb der Vorsitzenden der Gruppe Bremen Nord: „Der Leit Antrag spielt in der DKP Bremen-Nord eine große Rolle. Auf jeder Mitgliederversammlung lesen wir gemeinsam den Leit Antrag abschnittsweise und diskutieren dann bzw. natürlich auch Fragestellungen. An dem Lesen beteiligen sich auch Sympathisanten und Freunde in der Partei. Auf unserer Jahreshauptversammlung Anfang Dezember 2017 wird der Leit Antrag im politischen Referat der Schwerpunkt sein. Die DKP Bremen führte auch schon 2 öffentliche Mitgliederversammlungen durch über den Leit Antrag. Natürlich auch was Besonderes, weil unser Genosse Willi Gerns 2 x referierte. Die Diskussionen verlaufen sehr lebendig, verbunden aber auch mit Fragestellungen und Verständnisfragen zu Worten und Begriffen, zum Beispiel zur Digitalisierung, Worte wie Wirkebene und Echtzeit, Äquidistanzthese werden hinterfragt. Es könnten Begriffe, Worte und Sätze einfacher formuliert werden. Sonst auch für uns ein gutes Schulungsmaterial nach draußen, wenn wir Straßenaktionen und Infostände durchführen. Ein Leit Antrag, wo durchaus der Begriff, auch ein „revolutionäres Teil-Programm“ zu sein, zutrifft.“

Wie den Zuschriften aus Bremen und Halle zu entnehmen ist und auch vor allem aus der Zusendung zu den Gruppendiskussionen in verschiedenen Berliner Gruppen, beziehen sich die Diskussionen in den Gruppen mit einer grundsätzlichen Zustimmung auf den Entwurf des

Parteivorstandendes. Bei unterschiedlicher Intensität von Kritik und Veränderungswünschen wird der Leit Antrag als gemeinsame Grundlage durch die große Mehrheit der Gruppen und Kreise für die Parteitagsvorbereitung akzeptiert. Davon zeugen auch die bisher eingetroffenen oder angekündigten Änderungsanträge aus Regensburg, Nürnberg, Berlin Friedrichshain, Berlin Neukölln und dem Berliner Betriebsaktiv Gesundheitswesen.

Die Bewertung in der Stellungnahme der Kommission Marxistische Theorie und Bildung – Hamburg fiel dagegen gleich von Anfang an sehr kritisch aus. In ihrer Handreichung für die Diskussion im Bezirk macht sie zunächst Vorschläge zur Strukturierung der Diskussion und kam dann zu folgender Bewertung: „Fazit: Unser Eindruck als MTB zu dem Leit Antrag ist: er ist unhandlich (so lang, dass man ihn nicht wirklich diskutieren kann), dabei uneinheitlich und widersprüchlich; in vielen Teilen undialektisch und unmaterialistisch. Lenin Zitate sind u. E. aus dem Zusammenhang gerissen, Marx kommt praktisch nicht mehr vor. Deshalb sind wir skeptisch, ob kleinere Textkorrekturen daran etwas ändern können. Wir hoffen, dass die Gruppen Zeit finden, sich selbst eine fundierte Meinung zu bilden.“ Der Bezirksvorstand hat sich dieser Wertung jedoch nicht angeschlossen.

Die Gruppe Hamburg Süd hat jedoch – vielleicht durch die Kommission stimuliert - eine Initiative vor Ort ergriffen für einen Parteitagsantrag. Darin heißt es:

„1. Der Parteitag lehnt die Verabschiedung des Leit Antrags des PV ab, weil er wegen der vielen ungeklärten Fragen und Widersprüchen in der Partei ungeeignet ist, die Partei auf Grundlage einer wissenschaftlich fundierten kommunistischen Strategie und Taktik zu vereinen.

2. Der Parteitag beschließt die Organisation eines ergebnisoffenen Klärungsprozesses der durch den Leit Antrag aufgeworfenen Fragen mit dem Ziel, den Prozess bis zum nächsten Parteitag abzuschließen. Ergebnisoffen bedeutet auch, dass die Antworten erforderlichenfalls zu einer Änderung des Programms von 2006 führen können.

3. Das Ziel, die Partei auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten kommunistischen Strategie und Taktik zu vereinen, erfordert, dass der Klärungsprozess Elemente von

- parteiweiten Schulungen, insbesondere von Originaltexten der Klassiker,
- wissenschaftlichen (empirischen) Untersuchungen und

- offenen Debatten

enthält.“

Dieser Antrag liegt auf der Linie von zwei in der UZ erschienen Beiträge zweier Genossinnen/Genossen aus dem Gruppenvorstand Hamburg-Süd, die die Grundsatzentscheidung des Leitantes für die antimonopolistische Strategie ablehnen. Welche anderen Hamburger Gruppen dem Antrag zustimmen werden ist für uns noch nicht absehbar.

Die Berliner Diskussionen werden in einem zusammenfassenden Bericht so bewertet: „Der Leit Antrag stößt bei uns grundsätzlich auf ein sehr positives Echo, bei aller Kritik im Einzelnen. E. fand gut, dass der Leit Antrag Entwicklung und Widersprüche des Imperialismus aufzeige und nicht wie in bisherigen Beschlüssen nur eine Zustandsbeschreibung gegeben wird plus angehängtem Forderungskatalog.“

Erika hat dies grundsätzlich Positive so formuliert, indem sie die folgende Frage stellte: Welche Grundfragen im Leit Antrag müssen unbedingt gegen rechts und links verteidigt werden? Und darauf die Antwort gab: Die entscheidenden Orientierungen des Antrags sind erstens, dass der reaktionärste Teil der Monopolbourgeoisie in der Offensive ist, sowohl in Deutschland als auch in der Welt, und zweitens, dass im Antrag (wenn auch nicht so gelungen) die Orientierung gegeben wird, Etappen des revolutionären Kampfes zu beschreiben. Klaus M. bemängelte, dass die Begriffe Stadium, Phase, Etappe, Periode willkürlich benutzt seien und vermutete, dass dies auf unterschiedliche Autorenschaft zurückzuführen sei. Reiner meinte allgemein, dass einzelne Punkte noch geschärft werden müssten: antimonopolistische Strategie, Charakter von NATO und EU, Rolle des dt. Imperialismus, auch die Offensive des Monopolkapitals anschaulicher fassen. ... Helmut ist mit dem Abschnitt A III ganz und gar nicht zufrieden und hat ihn neu geschrieben.“

Aus den ausführlich protokollierten Debatten in Hamburg und Berlin ergibt sich eine sehr nützliche Liste mit Themenvorschlägen und Fragen. Ich sage dazu Folgendes:

Erstens: Diese Fragenkataloge enthalten eine Reihe von Punkten, die auch in der jetzigen Diskussion bereits in etlichen Beiträgen thematisiert wurden – zum Teil aber auch durch Beiträge aus der Bildungskommission schon vor Veröffentlichung des Leitantes im Zusammenhang mit dem Bildungsmaterial zur Strategie.

Zweitens: Wir werden ganz gewiss auch nach dem Parteitag die Strategiediskussion nicht für

beendet erklären. Im Gegenteil. Wir – bzw. der neue Parteivorstand und das neue Sekretariat – werden im Rahmen der Parteitagsbeschlüsse und seiner Arbeitspläne einen sehr deutlichen Schwerpunkt auf die weitere inhaltliche Debatte über die Strategie und andere programmatischen Positionen der DKP setzen und diese Debatte auch ganz bewusst organisieren.

4. Hauptfrage zum Leit Antrag: Die Bedeutung der antimonopolistischen Orientierung und Stoßrichtung

Die Grundthematik - eher in den schriftlichen Beiträgen von Einzelautoren als in den Gruppendiskussionen - ist gewiss die Frage nach der Grundlage des Leitantes, der von uns für richtig gehaltenen antimonopolistischen Strategie.

Wir wissen, dass die interne Auseinandersetzung dazu längst vor Erscheinen des Leitantes begonnen hatte und dass diese Debatte auch nicht nur in der DKP geführt wird. Wir wissen, dass in mehreren KPen diese Kontroverse zu scharfen internen Konflikten geführt hat und die Debatte längst in Bereiche abgehoben ist, die eine sachliche Klärung und unvoreingenommene Bewertung der Strategieentwicklung in den letzten Jahrzehnten seitens der kommunistischen Bewegung sehr belastet.

Ein zentraler Höhe- und Ausgangspunkt liegt weit zurück. Es ist die damalige „Polemik über die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung“ zwischen den ZKs der KPdSU und der KPCh aus dem Jahre 1963. Dies war der Bruchpunkt, der für Jahrzehnte die kommunistische Bewegung zersplittert hatte, längst bevor mit 1989/91 der Sieg der Konterrevolution den damaligen Niedergangprozess vollendete.

Ich weiß aus eigenem Erleben, auf welche Irrwege und Seitenlinien die Debatte um die richtige Strategie abglitt, die bis heute mit der Frage der Bewertung des 20. Parteitages der der KPdSU verbunden ist. Ich will mich aber nicht in Vergangenheitsbewältigung ergehen, sondern nur deshalb darauf hinweisen - weil es die Jüngeren nicht mehr wissen. Viele - ich würde sogar sagen, die meisten Fragen - die von einer Gruppierung in der Partei und SDAJ, die sich als „wahre kommunistische Revolutionäre“ fühlen, als „neue Erkenntnisse“ präsentiert werden, sind sehr alte Fragen.

Ich mache es niemandem der heutigen Grundsatzkritiker der AMS zum Vorwurf, dass sie diese zeitlichen Zusammenhänge nicht übersehen. Aber mich stört doch, dass diese Argumente mehrfach als die „neuesten“ Erkenntnisse präsentiert werden. Ich persönlich halte es schon fast für eine tragische Wiederholung alter Erfahrungen aus den frühen

70er Jahren, dass es nicht gelungen ist, diese Diskussionen mit mehr Geduld und mit weniger Zeitdruck zu führen. Ich bin mir absolut sicher, dass wir in diesem gemeinsamen Diskussionsprozess und im gemeinsamen vertieften Studium der Erfahrungen unserer Bewegung und der revolutionstheoretischen Arbeiten von Marx, Engels, Lenin und der Komintern den uns alle überraschenden kollektiven Austritt einer größeren Gruppe junger Genossinnen und Genossen aus SDAJ und DKP hätten vermeiden können. Die revolutionäre Ungeduld, die ich und auch das ganze Sekretariat diesen Genossinnen und Genossen durchaus zugestehen, hätte fruchtbar gemacht werden müssen und können.

Im Prinzip geht es um die Auseinandersetzung mit der bereits von der Komintern entwickelten revolutionären Strategie und Taktik, die sich auf die leninsche Monopol- und Imperialismusanalyse, auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, auf die marxistisch-leninistische Faschismusanalyse, auf den III., IV. und VII. Kominternkongress und auf die Orientierungen von Marx und Engels und dem Kommunistischen Manifest bezieht. Es geht um die Suche nach den jemals angemessenen, den nationalen Bedingungen angepassten Suchen nach den besten und geeignetsten Übergängen und Wegen zum Sozialismus.

Wir hatten bereits auf dem 21. Parteitag im Zusammenhang mit dem Antrag der jetzt aus der Partei ausgetretenen Genossen der Gruppe Jena als Antragskommission dazu eine grundsätzliche, aber kurze Darlegung der Entwicklung dieser Geschichte erarbeitet und im Antragsheft publiziert. Sie wurde vor einigen Wochen nochmal auf news.dkp eingestellt. Ich empfehle dies zur neuerlichen Lektüre.

In den vergangenen Monaten - bereits vor dem Leitantrag - haben wir von Seiten der Parteiführung und von der Bildungskommission in verschiedenen Materialien und Artikeln dazu argumentiert. Wir entziehen uns nicht dieser Debatte. Wir führen sie offen.

Wir können aber auch nicht so tun, wie es mir im Antragsentwurf von Hamburg-Süd erscheint, als begönnten wir erst mit den „grundsätzlichen“ Überlegungen für die Strategie des Bruchs mit dem kapitalistischen System. So, als stünden wir an einem geschichtlichen Nullpunkt. Wir verfügen über vielfältige eigene Erfahrungen mit den unterschiedlichen strategischen Konzeptionen in unserem Lande.

Wir hatten Erfahrungen mit Revolution/Konterrevolution 1918/19 und im Herbst 1989. Wir hatten die Debatte über die „Offensivstrategie“ in der KPD 1920/1921 mit dem

bewaffneten Ruhrkampf im März 1920. Wir hatten den Aufstandsversuch 1923, mit Arbeiter- und Bauernregierungen in Sachsen und Thüringen. Wir hatten die Niederlage im Herbst 1923 und das Parteiverbot 1923/24.

Wir hatten Sektierertum und rechte und zentristische Abweichungen in Fragen der Strategie und Taktik in den 20er und frühen 30er Jahren. Wir haben 1933 teuer dafür gebüßt. Wir haben aus dramatischen Fehlern 1935 bis 1945 gelernt und dabei auch wieder teuer bezahlt. Wir haben die Schlussfolgerungen für den angemessenen revolutionären Weg sowohl im Osten - wie im Westen des geteilten Deutschland nach 1945 gezogen.

Wir deutschen Kommunistinnen und Kommunisten sind weder Schriftgelehrte noch Bewohner von Elfenbeintürmen, sondern wir lernen aus Erfahrungen. Und das nicht erst seit heute. Eigentlich schon seit unserem „Klassiker“, dem Manifest der Kommunistischen Partei, in dem Marx und Engels von den verschiedenen „Schritten“ in der Arbeiterrevolution sprachen und bereits die Dialektik von demokratischem und sozialistischem Kampf in ihrer Einheit dargelegt hatten.

Und wir beginnen die Debatte über die Strategie des Herankommens und der Suche nach den besten Möglichkeiten, um den revolutionären Bruch nicht nur zu propagieren, sondern auch konkret zu machen; nicht erst mit diesem Leitantrag.

Max Reimann hat uns im März 1968 in einem Interview mit Robert Steigerwald als bleibende strategische Lehre an ein altes Engels-Zitat gegen eine Gruppe sektiererischer, anarchistischer Teile der Flüchtlinge der Pariser Kommune erinnert. Um die Notwendigkeit, aber auch die Fähigkeit der deutschen Kommunisten zu charakterisieren, die selbst durch alle möglichen Zick-Zack-Kurven und Rückzüge ihr Ziel nicht aus dem Auge verlieren, zitierte F. Engels zunächst die ungeduldigen Kommuneflüchtlinge: „Wir sind Kommunisten, weil wir bei unserem Ziel ankommen wollen, ohne uns an Zwischenstationen aufzuhalten, an Kompromissen, die nur den Sieg vertagen und die Sklaverei verlängern.“ Die Antwort von F. Engels war einfach und genial: „Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen : die Abschaffung der Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert. Die Dreiunddreißig sind Kommunisten, weil sie sich einbilden, sobald sie nur den guten Willen haben, die Zwischenstationen und

Kompromisse zu überspringen, sei die Sache abgemacht, und wenn es, wie ja feststeht, dieser Tage ‚losgeht‘ und sie nur ans Ruder kommen, so sei übermorgen ‚der Kommunismus eingeführt‘. Wenn das nicht sofort möglich, sind sie also auch keine Kommunisten. Kindliche Naivität, die Ungeduld als einen theoretisch überzeugenden Grund anzuführen!“ (Friedrich Engels: Flüchtlingsliteratur, MEW 18, S. 534. Geschrieben Mai 1874 bis April 1875 - Hervorhebung durch mich).

Aus gegebenem Anlass erinnere ich an M. Reimann und F. Engels. Wir beschreiten weder einen Irrweg, noch machen wir einen unnötigen Umweg, wenn wir nach dem Hauptgegner, nach den Hauptkräften der herrschenden Kapitalistenklasse fragen, gegen die man den Hauptschlag führen muss.

Es ist eben nicht der Besitzer der Pommesbude oder der kleinere Bourgeois mit seinem Klein- oder Mittelbetrieb um die Ecke mit seinen 50 oder auch 300 Beschäftigten, der die Machtinstrumente des staatsmonopolistischen Kapitalismus bedient und kommandiert. Es ist nun mal doch das Groß- und Monopolkapital, das in erster Linie über das Schicksal von tausenden, zigtausenden und Millionen Arbeitern und Angestellten bestimmt. Ich habe dazu auf unserer theoretischen Konferenz in Hannover ja bewusst versucht, aktuelle Daten zur Struktur der Großkonzerne und der Beschäftigungsstruktur zusammenzutragen, um diese rein objektive Größe darzustellen.

Das ist doch kein Ausweichen vor der Realität und keine Ausflucht vor dem wahren Kampf gegen die Kapitalisten, sondern die Präzisierung der Kampfetappe. Wir reden nicht allgemein über „den“ Kapitalismus, sondern wir sagen, wem wir als erstes an den Kragen gehen müssen, wen wir als erstes entmachten und in die Knie zwingen wollen und in die politische Wüste schicken müssen.

Ersetzt diese antimonopolistische Orientierung, dieser Hauptstoß gegen das Monopolkapital etwa, wie gefragt wird, die Orientierung auf die alles überragende Lösung des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital? Nein, absolut nicht! Wir benennen ihn nur konkreter mit Namen und Hausnummern. Darunter sind alte bekannte Namen wie VW, Siemens, Thyssen, Bosch, Mercedes und Krupp, aber auch neue wie Amazon, Lidl, ALDI.

5. Wozu dient der Leitantrag? Für welche konkrete Etappe ist er gedacht?

Ich will auf einen weiteren zentralen Denkfehler in diesem Zusammenhang hinweisen: In der Diskussion wird immer gerne auf die Folgen der Niederlage und Konterrevolution von 1989-1991

verwiesen. Natürlich „hängt alles mit allem zusammen“.

Die Niederlage des realen Sozialismus hat aber mit den Problemen des sozialistischen Aufbaus, mit der Theorie der Übergänge vom bereits vollzogenen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus seit den Tagen der Oktoberrevolution und dem Sieg über den Faschismus 1945 zu tun.

Es sind Fragen der wissenschaftlich, theoretischen Debatte und politischen Strategie für das Sozialismuskonzept – nach dem Sieg der Revolution. Die Probleme und auch konzeptionellen Fehler, die dabei gemacht wurden und auch weiter werden, sind Probleme einer Etappe, die mit unseren historischen Etappenbedingungen nur noch wenig, ich will nicht sagen, gar nichts zu tun haben.

Wir haben bekanntlich die Macht noch nicht erobert und müssen noch nicht die Fragen der Weiterentwicklung und Sicherung der erfolgreichen Revolution thematisieren, sondern unsere heutigen Aufgaben lösen. Wir stecken noch in der Epoche des Übergangs zum Sozialismus.

Es ist also absolut seltsam, wenn ausgehend von 1989/1991 und den politischen Tragödien dieser nächstfolgenden Epoche so ganz ohne weiteres die Konsequenz daraus gezogen wird, dass die dabei gemachten Fehler der Beweis dafür seien, dass unsere Strategie zur Eroberung der Macht, wie sie auf den internationalen Beratungen in Moskau 1957, 1950, 1969 oder auch auf den nationalen Parteitag der Kommunistische Bewegung und Parteien in dieser Periode beraten und entwickelt wurden, dann ja auch schon zwangsläufig deformiert gewesen sein mussten.

Wenn uns einige in sehr, sehr vielen Punkten nahestehende Bruder- oder Schwesterparteien die gemeinsame Geschichte der KPen – spätestens nach 1956 - so interpretieren, dann ist das bedauerlich, aber nicht ein zwingender logischer Beweis, dass wir diese Einschätzung übernehmen müssten.

Ich möchte ganz klar feststellen, dass die Strategieentwicklung der KPD/DKP nach 1945 und bis 1989 natürlich nicht im luftleeren Raum stattfand, sondern natürlich auch unter dem Eindruck dieser internationalen Diskussionen stand. Aber KPD und DKP brauchten keinen Nachhilfeunterricht. Was für unser Land gut und für unsere Strategie richtig ist, das wussten und wissen wir selbst.

Ich habe eine Reihe von Einzelfragen aus den bisherigen Diskussionsbeiträgen herausgefiltert. Darunter die mich besonders nachdenklich

stimmenden Fragen nach der Konkretheit unserer Aussagen zum Charakter und Begriff der „Wende“. Der Begriff „Wende“ ist zu verstehen als das gegenwärtige „Momentum“, in dem wir die Offensive des Kapitals einerseits verlangsamen oder gar anhalten wollen.

Vielleicht müssen wir aber noch stärker betonen, dass es aber erst mal um noch etwas geht, was zu der Wende *hinführt*. Wir müssen wohl noch kleinteiliger angesichts der jetzigen Lage denken und planen. Es geht uns in dieser Phase darum, „Sand im Getriebe“ der rotierenden Herrschaftsmaschinerie zu sein bzw. zu werden. In der Verhaltenstherapie nutzt man dafür den Begriff „Baby-Schritte“ machen“ zum Zwecke des „Motivationsaufbaus“ - um ein „Dazwischengrätschen“ durch uns als machbar erscheinen zu lassen.

Ich denke, dass dieser Kampf um die nächsten konkreten Schritte mit dem klaren Bewusstsein und der Option erfolgen muss, dass wir nicht „historisch“ so weit zurückmarschieren müssen oder gedrängt werden, dass wir überhaupt nicht mehr an die Formierung und Sammlung von Gegenkräften denken können. In der Defensive muss uns die notwendige Orientierung auf die Kräfte für ein künftiges Vorwärtsgen bewusst sein und auch von uns vertreten werden. Die Option der Verbindung von „Wende“ und längerfristigem „revolutionären Bruch“ muss deutlich erkennbar sein und auch gezielt und mit den heutigen machbaren kleinen Schritten angepeilt werden.

Das muss sich aber im Teil III noch stärker erkennen lassen - also die Verbindung von „Baby-Schritten“, „Wende“ und den jetzt notwendigen Maßnahmen. Hier muss wahrscheinlich auch der Charakter und der Unterschied von Minimal- und Sofortforderungen stärker betont werden.

Gesamtbewertung:

Die Gesamtanlage und Gesamtorientierung unseres Leitantrages müssen bleiben. Der Entwurf des Leitantrags ist eine tragfähige Basis. Die große Mehrheit der Gruppen und diskutierenden Genossinnen und Genossen sieht darin eine brauchbare und nützliche Grundlage. Das Papier ist nicht perfekt, aber es entspricht den Notwendigkeiten und den jetzigen

Möglichkeiten der Partei. Die antimonopolistische Strategie wird durch diesen Leitantrag nicht einfach wiederholt sondern aktualisiert und auch aus den heutigen Bedingungen abgeleitet.

Unser Begriff und unser Inhalt von „Wende“ sollte nicht aufgeben werden, nur weil im Herbst 1989 in einer völlig anderen historischen Situation diese Vokabel damals einen ganz anderen Inhalt besaß.

Es gibt Fragen zu wechselnden Phasen innerhalb der Etappe des Kampfes für antimonopolistische Veränderungen, in denen es auch ein wechselndes Verhalten von antimonopolistischen Bündniskräften geben kann und wird. Diese Bündnisse sind nicht statisch, das sollten wir stärker betonen.

Generell muss die Einheit von Antimonopolismus und Antikapitalismus noch stärker betont werden. Wir sind gegen ein falsches Schema: erst Antimonopolismus, dann Antikapitalismus, dann Sozialismus. Die antimonopolistische Strategie ist die Strategie des Herankommens an und des Kampfes um den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus unter den Bedingungen der Dominanz der Herrschaft der Monopole. Es muss erkennbarer werden – wie ich es in Hannover gesagt hatte - dass es für uns keine qualitativen Gegensätze zwischen Antikapitalismus und Antimonopolismus gibt und keine chinesische Mauer zum Kampf um den Sozialismus. Das ist eine Einheit.

Es gibt aber kein festes Schema, Wie das Ganze tatsächlich abläuft und ablaufen kann, das muss bei jeder neuen Phase des Klassenkampfes konkret neu eingeschätzt werden. Lenin sprach vom „ABC des Marxismus“, das heißt von der „Beherrschung aller Kampfformen“ und von deren Wechsel - je nach gegebener Lage.

Es muss noch deutlicher werden, dass der gesamte Teil III sich organisch aus den vorherigen Abschnitten als Konkretisierung eines Kampfprogramms für den Stopp der Offensive, aber auch zugleich um die Schaffung von Voraussetzungen zur Entwicklung antimonopolistischer Gegenmacht und dem Kampf um die damit verbundene beginnende Kontrolle um das kapitalistische Eigentum handelt.

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

25./26. November 2017, Essen

Beschlüsse

Antrag zur Parteistärkung an den 22. Parteitag

Antragsteller Parteivorstand

Für Frieden, Arbeit, Solidarität - Die DKP stärken!

Sozialismus oder Barbarei - Die Frage nach einem Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen, die Frage nach einer Zukunft ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg stellt sich immer drängender. Der Leitantrag an den 22. Parteitag beschreibt die Strategie der DKP zum Stopp der Offensive des Kapitals und zur Durchsetzung einer politischen Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Er macht Vorschläge für ein Konzept der Zurückdrängung der Macht der mächtigen kapitalistischen Monopole und zur Heranführung dieser Kämpfe an den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus.

Heute geht es zunächst darum, einen Weg aus der Defensive der Arbeiterbewegung zu finden. Es gilt, die dringendsten Probleme der arbeitenden Menschen aufzugreifen und sie zu mobilisieren, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden. Es gilt, Forderungen aufzustellen und Aktivitäten zu unterstützen oder zu initiieren, mit denen die Probleme angegangen werden können und zugleich einen Beitrag zu leisten, um auf mittlere Sicht die Kräfteverhältnisse in diesem Land zu verändern.

Dieser Prozess wird durch die Strategie des Monopolkapitals der Zersplitterung und des Schürens von Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse erschwert. Die Angst um den Arbeitsplatz und den sozialen Abstieg erhöht die Bereitschaft, sich der Ideologie der Sozialpartnerschaft anzupassen, um den „eigenen“ Standort zu sichern. Zu schwach entwickelt ist dagegen die Erkenntnis, dass Erfolge nur durch die Bereitschaft, selber aktiv zu werden und sich zu organisieren und durch kämpferische Gewerkschaften errungen werden können, dass Solidarität und nicht Sozialpartnerschaft die Antwort auf die Zersplitterung ist.

Auseinandersetzungen beispielsweise um die Personalbemessung an Kliniken oder für eine Rente, die zum Leben reicht, der Widerspruch zwischen fehlendem Geld für soziale Rechte und den Aufrüstungsplänen der Bundesregierung können zu Dreh- und Angelpunkten werden, die mehr und mehr Menschen auf die Widersprüche des Kapitalismus stoßen und den gemeinsamen Gegner, das Monopolkapital, in den Blick rücken. Hier können sich Kämpfe entwickeln, in denen sich die Arbeiterklasse an Teilforderungen formiert, Klassenbewusstsein entwickelt und ihre Ausstrahlung auf andere nichtmonopolistische Schichten erhöht, um mit ihnen im Bündnis weitergehende Forderungen durchzusetzen. Die Aufgabe von Kommunistinnen und Kommunisten ist es, solche Prozesse zu befördern.

Die DKP ist die kommunistische Partei in Deutschland. Sie sieht es als ihre Aufgabe an in diesem Sinne Klassenbewusstsein zu entwickeln, um die Kräfteverhältnisse zu ändern und weitergehend die Diskussion um die Notwendigkeit des Sozialismus zu führen. Der Kampf um die Stärkung der DKP ist deshalb eine Frage der Zukunft, eine politische Notwendigkeit über unsere Reihen hinaus und zentrale Aufgabe und Verpflichtung für uns Kommunistinnen und Kommunisten.

Der Kampf um die Stärkung der DKP ist nötig, weil die DKP heute den Anforderungen an eine kommunistische Partei nicht genügt. An vielen Stellen fehlt es uns strukturell an Stärke. Die organisatorische, personelle und ideologische Situation der Partei ist kritisch, der Verlust an Einfluss und Aktionsfähigkeit noch nicht gestoppt. Der einheitliche Charakter der DKP ist in den letzten Jahren in Frage gestellt und zum Teil aufgekündigt worden. Ausdruck davon sind Unverbindlichkeit in der Parteiarbeit, Mängel in der Beschlussdisziplin im allgemeinen und Fraktionierung im besonderen, eine wenig kollektive Arbeitsweise sowie fehlende Orientierung, in welche Richtung wir uns in den Gruppen, Kreisen, Bezirken und Landesorganisationen entwickeln wollen.

Wir verstehen die Rolle der Kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse als Selbstverpflichtung. Sie verpflichtet uns, um eine stärkere Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu ringen, kommunistische Persönlichkeiten zu etablieren, kämpferische Orientierungen in Auseinandersetzungen zu bieten und in der Praxis für diese einzustehen. Dazu müssen wir unsere Organisationsprinzipien ernst nehmen und um eine einheitlich handlungsfähige, selbstbewusste Partei

ringen. Wir gehen davon aus, dass wir eine längere Phase zur Stabilisierung und in einigen Bereichen und Gebieten Reorganisation der DKP und zu ihrer umfassenden Stärkung brauchen. Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Organisiertheit der Partei hinsichtlich der Anleitungstätigkeit, des einheitlichen Handelns und der kollektiven Diskussion gestärkt werden kann.

Um der Verankerung in der Arbeiterklasse wieder näher zu kommen, müssen wir stärker nach außen und an die Massen herangehen und die Kämpfe der Beschäftigten und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, aktiv unterstützen. Wir dürfen uns nicht mit der Rolle von Kommentatoren begnügen und müssen als Teil der Bewegung weitergehende Forderungen diskutieren und die Gewerkschaften als Kampforgane der Arbeiterklasse stärken. Dazu brauchen wir das Zusammenführen unserer Erfahrungen in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit und das kollektive Arbeiten unserer Genossinnen und Genossen aus den Betrieben. Wir orientieren deshalb auf den Aufbau von Betriebs- und Branchengruppen.

Gleichzeitig wollen wir unsere Arbeiterpolitik in den Kommunen intensivieren. Die Kommunalpolitik ist das zweite Standbein unserer Arbeiterpolitik. Weder unsere Betriebs- und Gewerkschaftspolitik noch unsere Kommunalpolitik lässt sich auf den Kampf um Mandate oder in Gremien reduzieren. Der Gradmesser ist es, wie wir die Betroffenen selbst für den Kampf für ihre Interessen aktivieren können.

Neben der Intensivierung unserer Arbeiterpolitik geht es um die Stärkung unserer Grundorganisationen. Sie sind der Ort, wo diese Orientierung in der Praxis umgesetzt werden muss, wo wir Politik und kommunistische Persönlichkeiten entwickeln und nach außen gehen.

Mit der Kandidatur zu den Bundestagswahlen 2017 „Für Frieden, Arbeit, Solidarität“ und dem Sofortprogramm „Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte! Stoppt den Krieg!“ haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. Die inhaltliche Stoßrichtung gegen die Profiteure von Krieg, Flucht und Armut bleibt die Grundlinie unserer Politik. Angesichts der aggressiven NATO-Politik, die einen immer schärferen Bedrohungskurs gegen die Russische Föderation und die VR China bis hin zur Gefahr eines großen Krieges fährt, sehen wir es als Hauptaufgabe an, die Friedensbewegung zu stärken und Aktivitäten zu unterstützen und zu initiieren, die sich gegen Aufrüstung und die Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Aggression richtet.

Der Bundestagswahlkampf hat bestätigt, dass das bundesweit einheitliche Auftreten der Partei mit zentralen Materialien und zentraler Anleitung die Partei stärkt und den Grundorganisationen hilft, nach außen aufzutreten. Der Parteivorstand und die Friedenskommission werden eine Kampagne entwickeln, um den Zusammenhang zwischen den Aufrüstungsplänen der Bundesregierung entsprechend der NATO-Forderung auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Kriege, die in der Bevölkerung keinen Rückhalt haben, und dem weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte aufzuzeigen. Das ist die inhaltliche Linie, mit der wir in der kommenden Periode in Stadtteilen, Betrieben und Gewerkschaften wirken.

1. DKP – Partei der Arbeiterklasse

1.1. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Die DKP orientiert darauf, dass ihre Mitglieder aktiv in Bewegungen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene eingreifen, helfen, diese zu initiieren, um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse in Klassenkämpfen zu stärken, zur Formierung von Klassenbewusstsein beizutragen und die organisatorische Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse voranzutreiben. Dabei ermöglichen Auseinandersetzungen in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge die Verbindung von Interessen der Belegschaften in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit den Interessen breiter Bevölkerungsteile. Sie sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse. Zudem bieten sie für Gliederungen der Partei ohne oder mit geringer Verankerung im Betrieb durch Solidaritätsaktionen in den Kommunen die Möglichkeit, Tarifbewegungen zu unterstützen. (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags). Auseinandersetzungen in Großbetrieben haben eine Magnetwirkung auf andere Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und sind deshalb von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung.

Mit dem 21. Parteitag haben wir eine Diskussion um den Neuaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Alle Bezirke und Landesorganisationen der DKP sind jetzt gefordert, den Fokus auf diese Aufgabe zu richten, den Erfahrungsaustausch von in Betrieben und Gewerkschaften aktiven GenossInnen zu organisieren und konkrete Pläne zu entwickeln.

Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

- 1.) berät mit den Bezirken und Landesorganisationen über den Aufbau weiterer Betriebs- und Branchengruppen und über eine mögliche Orientierung der Grundorganisationen auf Schwerpunktbetriebe und führt die bisher gemachten Erfahrungen zusammen.
- 2.) organisiert ein Treffen zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, für das aus allen Bezirks- und Landesorganisationen möglichst viele TeilnehmerInnen gewonnen werden, die entweder in diesem Bereich aktiv sind oder aktiv werden können.
- 3.) organisiert neben dem bundesweiten Branchentreffen Gesundheit ein Branchentreffen für Beschäftigte in der Bildungs- und Erziehungsarbeit.
- 4.) orientiert auf wichtige Tarifauseinandersetzungen, erarbeitet Positionen dazu und stellt der Partei Öffentlichkeitsmaterialien zur Verfügung.
- 5.) unterstützt Genossinnen und Genossen in der Vorbereitung der Betriebsrats- und Organisationswahlen.
- 6.) stellt in Zusammenarbeit mit der Branchengruppe Gesundheit der Partei Materialien und eine Handreichung zur Unterstützung der Klinikbeschäftigten in ihrem Kampf um eine gesetzliche Personalbemessung zur Verfügung.

1. 2. Kommunalpolitik

Die Kommunalpolitik ist das zweite Standbein der Arbeiterpolitik der DKP. „Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundorganisationen darauf, die Menschen in den Städten und Gemeinden gegen die Ausgrenzung und das Abwälzen der Krisenlasten, gegen den Kahlschlag in allen Bereichen (Wohnen, Kultur, Sport, Soziales, Nahverkehr etc.) und Privatisierungen zu mobilisieren und mit ihnen aktiv zu werden. Wir entlarven die sogenannten „Schuldenbremsen“, aber auch die angeblichen Schutzschirme und Stärkungspakte für Kommunen als Bestandteile der Umverteilungspolitik, des Klassenkampfes von oben.“ (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags)

In der vergangenen Periode haben wir in der Kommunalpolitik auf Bundesebene keine Impulse gegeben und auch die Beschlüsse des 21. Parteitages in der Handlungsorientierung nicht umsetzen können. Der Parteivorstand bildet eine Kommission Kommunalpolitik, die sich zunächst einen Überblick über die Angriffe des Monopolkapitals in der Kommune verschafft und davon ausgehend Schwerpunkte ihrer Arbeit diskutiert. Dabei kommt Schnittstellen zwischen unserer Kommunal- und Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, die zum Beispiel im Kampf um den Erhalt und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf der Hand liegen, eine besondere Bedeutung zu.

2. Die Grundorganisationen stärken

Zentraler Schlüssel zur Stärkung der Partei und der Erhöhung ihrer Wirksamkeit und dadurch Attraktivität in der Arbeiterklasse sehen wir in der politischen, ideologischen und organisatorischen Stärkung unserer Grundorganisationen und der Erhöhung ihrer Anzahl. Das ist auch der Schlüssel zur Gewinnung neuer Mitglieder. Dabei wissen wir um die Unterschiedlichkeit der Gruppen in Ost und West, in Stadtstaaten und Flächenländern und ihre unterschiedliche Entwicklung, die oft von einzelnen GenossInnen abhängen kann. Wir sehen vor allem Schwierigkeiten in der Leitungsarbeit der Grundorganisationen und der Kaderentwicklung. Die Leitungsarbeit des Parteivorstandes und seiner Kommissionen, der Bezirks-, Landes- und Kreisvorstände muss sich auf die Aufgabe der Gruppenstärkung konzentrieren und ihre Arbeit an der Fragestellung orientieren, inwieweit sie den Grundorganisationen und ihrer Entwicklung nutzt. Dazu wollen wir auch die Anleitungsbearbeitung des Parteivorstandes stärker regionalisieren.

Die DKP setzt sich heute aus Stadt- und Wohngebietsgruppen zusammen. Gleichzeitig haben wir mit der Diskussion um den Wiederaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Die Stadt- und Wohngebietsgruppen müssen in diese Diskussion einbezogen werden, wenn die Neugründung ihre Mitglieder betrifft.

Auf dem 21. Parteitag haben wir zur Stärkung der Gruppen Schwerpunkte auf die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gelegt. Ziel war es, den Grundorganisationen in ihrer Unterschiedlichkeit zu helfen, nach außen zu gehen und mehr und mehr eigenständige Politik vor Ort zu entwickeln. Dafür brauchen unsere Mitglieder auch das ideologische Rüstzeug, die Vermittlung unserer Weltanschauung. Wir halten an dieser Schwerpunktsetzung fest und ergänzen sie um die Vermittlung von Grundlagen unserer Organisationspolitik und Hilfestellungen für die Arbeit der Gruppenleitungen, weil wir zunehmend feststellen, dass hier Erfahrungen verloren gegangen sind und insbesondere Genossinnen und Genossen, die neu in Funktionen kommen, mehr Unterstützung brauchen.

2.1. Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiges Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit ist die weitere Verankerung der DKP und ihre Stärkung durch die Gewinnung neuer Mitglieder. Neben Infostände und Verteilaktionen sind auch Veranstaltungen und Aktionen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit unserer Parteigruppen. Wir wollen die Gruppen zentral durch das Bereitstellen von Öffentlichkeitsmaterialien und die Hilfe, selber Materialien zu erstellen, sowie bei der Durchführung von Veranstaltungen unterstützen.

Die UZ stärken

Die UZ ist unser wichtigstes Öffentlichkeitsmaterial, da wir mit ihr wöchentlich in einer guten journalistischen Qualität unsere Positionen darstellen und die DKP als bundesweite Kraft profilieren können. Wir wollen die Arbeit mit der UZ stärker in den Gliederungen verankern und ihren Gebrauchswert für die Gruppenarbeit, zum Beispiel in der Bildungsarbeit, erhöhen.

Der Parteivorstand beschäftigt sich mindestens einmal in der Arbeitsperiode schwerpunktmäßig mit der Entwicklung der UZ.

Bezirks- und Landesvorstände, Kreise und Gruppen sind aufgefordert, sich auf Versammlungen mit der UZ und ihrem Online-Auftritt zu befassen und dazu die UZ-Redaktion und den Verlag einzuladen.

Die Gruppen

- prüfen, wer von ihren Mitgliedern und SympathisantInnen noch kein Abonnent der UZ ist und werben aktiv neue AbonnentInnen und ProbeabonnentInnen.
- organisieren regelmäßig die Verteilung bzw. den Verkauf der UZ und bieten sie bei Demos, Veranstaltungen, Bündnistreffen etc. an.

Weitere Print-Materialien

- Das Sofortprogramm „Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte! Stoppt den Krieg!“ hat sich im Bundestagswahlkampf bewährt. Wir orientieren Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen darauf, es auf ihre jeweilige Situation herunterzubrechen und helfen bei der Erstellung entsprechender Materialien.
- Der Parteivorstand stellt den Gruppen zu aktuellen Anlässen wie dem 1. Mai, den Ostermärschen, dem Antikriegstag und Tarifaueinandersetzungen Materialien zur Verfügung. Jede Gruppe sollte einen Betrieb oder ein Wohngebiet finden, wo regelmäßig DKP-Material verteilt oder gesteckt wird.
- Die Jugendkommission des Parteivorstandes stellt den Gruppen regelmäßig Infopakete mit der Position, dem Magazin der SDAJ, und weiteren Materialien der SDAJ für Infotische zur Verfügung.
- Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Erstellung von Flugblättern und Kleinzeitungen

Online-Medien

Die Lesegewohnheiten haben sich insbesondere bei jüngeren Menschen stark verändert. Deshalb müssen wir dem Internet und unserem Auftritt in den sozialen Medien auf allen Ebenen der Parteiarbeit eine höhere Beachtung beimessen.

Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Arbeit mit dem Internet und Facebook.

Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen setzen sich das Ziel, eigene Homepages – mindestens Visitenkarten mit Kontaktmöglichkeit im Netz – zu haben und zu pflegen und, wo möglich, eine Facebook-Präsenz abzusichern.

Öffentliche Veranstaltungen

Öffentliche Veranstaltungen der DKP werden über ihre Reihen hinaus wahrgenommen und sind ein gutes Mittel, um Freunde und Sympathisanten näher an die Partei und unsere Inhalte heranzuführen.

- Die Geschichtskommission des Parteivorstandes erstellt einen Leitfaden für die Gruppen als Hilfestellung für Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr „200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre KPD, 50 Jahre DKP und SDAJ“ sowie zur Novemberrevolution.
- Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen diskutieren über offene Angebote wie Stammtische, Spiel- oder Filmabende, die sich besonders eignen, um das Umfeld der Parteigruppen anzusprechen.

- Die Gruppen prüfen die Abo-Listen der UZ und führen Sympathisantenlisten und laden AbonnentInnen und SympathisantInnen regelmäßig ein.

Zentrale Aktivitäten und Aktionstage

Zentrale Veranstaltungen und gemeinsame Aktionen stärken die Ausstrahlung der DKP insgesamt, aber auch die Parteigruppen, die Sympathisanten und Freunde für die Mitfahrt gewinnen. Zu zentralen Aktionstagen 2018/2019 gehören:

Mai 2018: 200 Jahre Karl-Marx/Konferenz in Trier
 Sommer 2018: Antikriegsaktionen in Büchel und Ramstein
 Herbst 2018: 20. UZ-Pressefest
 Winter 2018: 100 Jahre Novemberrevolution
 Januar 2019: Luxemburg-Liebkecht-Wochenende

2.2. Bildungsarbeit

In der Bildungsarbeit geht es heute in erster Linie darum, Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei zu vermitteln. Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die Prozesse draußen zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken. Entscheidend dafür ist die kollektive Bildungsarbeit in den Grundorganisationen und das Schulen unserer Leitungsmitglieder. Die Grundorganisationen müssen wieder zum zentralen Ort der Vermittlung und Diskussion unserer ideologischen Grundlagen werden. Einen weiteren Schwerpunkt legen wir angesichts organisationspolitischer Schwächen auf die Schulung organisationspolitischer Grundlagen. Wichtig sind zudem Angebote für neue Mitglieder und Sympathisanten.

Bildungsmonate für die Gruppenarbeit

Zentraler Baustein für unsere Bildungsarbeit sind zwei Bildungsmonate im Jahr, die in allen Gruppen durchgeführt werden. Dazu erscheint je ein Bildungsheft als Beilage in der UZ. Zur Vorbereitung der Bildungsmonate finden regionale Seminare für Bildungsverantwortliche bzw. Gruppenleitungen statt. Die Themen der Bildungsmonate beschließt der Parteivorstand.

Grundlagen kommunistischer Politik

Zur Schulung unserer Leitungsmitglieder auf allen Ebenen werden an der Karl-Liebkecht-Schule im Jahr zwei viertägige Seminare zu den Grundlagen kommunistischer Politik durchgeführt. Die Anmeldungen zu den Schulungen laufen in der Regel über die Bezirks- und Landesvorstände, die eine Planung erstellen, die die Gewinnung von Teilnehmern vorsieht. Zusätzlich beginnen wir, die viertägige Grundlagenschulung mit Hilfe der Karl-Liebkecht-Schule auch regional durchzuführen.

Organisationspolitische Grundlagen

Zur Unterstützung der Gruppenleitungen wird/wurde der Leitfaden für Gruppenleitungen neu aufgelegt. Zur Vorstellung und Arbeit mit dem Leitfaden und den Problemen der Gruppenleitungen finden eine bzw. mehrere Beratungen des Parteivorstandes mit den Bezirks- bzw. Landesvorsitzenden und Koordinierungsräten statt. Im Anschluss führen die Bezirks- bzw. Landesvorstände und Koordinierungsräte Beratungen zu dem Thema mit den Gruppenvorständen durch. Die Karl-Liebkecht-Schule bietet ein Seminar für Gruppenleitungsmitglieder zu Grundlagen unserer Organisationspolitik und der Arbeit der Gruppenvorstände an.

Zirkelleitfäden für EinsteigerInnen

Für neue Mitglieder und die Arbeit mit Sympathisanten werden Zirkelleitfäden für Einsteiger zum Kommunistischem Manifest und dem Text „Kommunisten heute“ von Hans Heinz Holz aufbereitet. Diese sollen nach Möglichkeit von den Grundorganisationen durchgeführt werden.

3. Die Zusammenarbeit mit der SDAJ stärken

Neben der Stärkung unserer Gruppen sehen wir die Notwendigkeit, aber auch Chancen, unter der Jugend zu wirken. Angesichts der dramatischen Lage der Jugend – prekär ist das neue Normal – gehören die Jugendarbeit und der Kampf um die Rechte der Jugend zu unseren Hauptaufgaben. Sie können nur in enger Verbindung mit dem Jugendverband an unserer Seite, der SDAJ, gelöst werden. (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags)

Die Stärkung der SDAJ ist auch eine Aufgabe der DKP. Deshalb orientieren wir unsere jungen Mitglieder auf die Arbeit in der SDAJ. Wir wollen helfen, dass sich die SDAJ in der Fläche verbreiten kann. Dazu muss der Austausch und die gemeinsame Aktion zwischen DKP und SDAJ auf Bezirks- bzw. Landes- und Gruppenebene intensiviert werden.

Die Jugendkommission des Parteivorstandes hat in der zurückliegenden Arbeitsperiode kontinuierlich, aber mit zu wenigen Mitgliedern gearbeitet. Die Bezirke und Landesorganisationen sind aufgefordert, Mitglieder in die Jugendkommission zu delegieren.

Der Parteivorstand und die Jugendkommission

- organisieren eine Beratung mit den Bezirken und Landesorganisationen zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SDAJ anhand des in der zurückliegenden Periode von der Jugendkommission erarbeiteten Maßnahmenkatalogs für die Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene.
- organisieren in Zusammenarbeit mit den Bezirken der DKP und den Landesorganisationen der SDAJ regionale jugendpolitischen Ratschläge.
- nehmen die Materialien der SDAJ in den UZ-Shop auf und bewerben insbesondere die Position, das Magazin der SDAJ.

Die Bezirke und Landesorganisationen

- delegieren Mitglieder in die Jugendkommission des Parteivorstandes.
- laden die SDAJ-Landesleitungen zur Auswertung des 22. Parteitages und des 22. Bundeskongresses der SDAJ und zur Diskussion über die Zusammenarbeit auf Landesebene ein.
- führen nach der Beratung mit dem Parteivorstand Beratungen mit den Gruppenvorständen der DKP zur Zusammenarbeit mit der SDAJ durch.

Die Gruppen

- organisieren gemeinsam mit der SDAJ öffentliche Veranstaltungen zum Buch, das die SDAJ zu ihrem 50. Geburtstag herausgibt.
- diskutieren, wenn möglich mit Vertretern der SDAJ aus der Region, wie die SDAJ vor Ort unterstützt werden kann. Insbesondere wird versucht, neue SDAJ-Gruppen zu gründen.

4. Die Finanzbasis der DKP sichern

Organisierter Widerstand kostet Kraft, aber auch Geld. Die wichtigste Einnahmequelle der DKP sind die Mitgliedsbeiträge. Darüber hinaus sind regelmäßige Spenden an den Kampffonds der DKP eine wesentliche Voraussetzung für eine solide Ausgabenplanung.

Der DKP stehen heute viel zu geringe Mittel zur Verfügung, um die eigentlich notwendigen politischen Aufgaben zu finanzieren. Als bescheidene Ziele haben die letzten Parteitage folgende Schwerpunkte beschlossen:

- Sicherung eines Minimums an zentraler Tätigkeit der DKP
- Sicherung der Herausgabe der UZ als Wochenzeitung, die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Marxistischen Blätter
- Unterstützung der marxistischen Bildungsarbeit und die Sicherung der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

Diese Minimalziele sind weiterhin aktuell. Wir nehmen zusätzlich die finanzielle Unterstützung der SDAJ in diese Liste mit auf.

Es ist eine ständige Aufgabe aller Genossinnen und Genossen, die finanzielle Basis der DKP zu sichern. Eine besondere Verantwortung tragen unsere Kassiererinnen und Kassierer. Auch in diesem Bereich sind viele Erfahrungen verloren gegangen. Die Finanzkommission hat zur Hilfestellung ein Handbuch für die Kassierung herausgegeben und organisiert jährlich in Zusammenarbeit mit den BezirkskassiererInnen regionale Kassiererberatungen.

Kassiererinnen und Kassierer bzw. die Gruppenleitungen

- diskutieren mit den Mitgliedern über die Beitragshöhe
- bieten in den Gruppen zumindest einmal im Quartal Spendenmarken an
- informieren in der Gruppe über die regelmäßig erscheinenden Spendenaufrufe in der UZ und Spendenflyer zu einzelnen Themenbereichen
- werben um regelmäßige Spender für den Kampffonds und stellen Überlegungen an, welche Freunde und Sympathisanten außerhalb der Partei gewonnen werden können
- machen sich mit der Broschüre „Spuren hinterlassen – Die Zukunft der Partei sichern“ des Parteivorstandes zu Schenkungen, Erbschaften und Vermächtnissen vertraut
- stellen sicher, dass auf öffentlichen Veranstaltungen Spenden für die Arbeit der DKP gesammelt werden

Wir mussten feststellen, dass wir vieles aus der Handlungsorientierung des letzten Parteitags nicht umsetzen konnten. Das liegt auch daran, dass Beschlüsse nach dem Parteitag zum Teil nicht wieder hervorgeholt und ihre Umsetzung auf den verschiedenen Ebenen nicht organisiert wurden. Die Bezirks- und Landesvorstände diskutieren auf Grundlage dieses Beschlusses gemeinsam mit den Gruppen- und Kreisleitungen konkrete Maßnahmen zu seiner Umsetzung. Der Parteivorstand und die Bezirke ziehen im Laufe der Legislaturperiode Bilanz.

(einstimmig angenommen) – Ein Dokument mit Zeilenummerierung hängt an.

Antrag zur Änderung des Statuts der DKP an den 22. Parteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Änderung des Statuts der DKP wie folgt:

1. Art. 5 Grundorganisationen
 - a. Ergänzung Abs. 6:

„Grundorganisationen wählen zweijährlich entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel Delegierte zum Parteitag, mindestens aber eine/n Delegierte/n.“
2. Art. 6 Kreisorganisationen
 - a. Veränderung Abs. 6 Ziffer 5 Satz 1

„die Delegierten“ wird ersetzt durch „wenn in der Kreisorganisationen mindestens drei Grundorganisationen bestehen zusätzliche Delegierte in Höhe von 1/4 der in der Kreisorganisation durch die Grundorganisationen gewählten Delegierten zum Parteitag“
 - b. Streichung in Abs. 6 Ziffer 5

Der zweite und dritte Satz wird gestrichen.
 - c. Streichung Abs. 6 Ziffer 6

Der gesamte Punkt sechs wird gestrichen.
3. Art. 7 Bezirksorganisation – Landesorganisation
 - a. Veränderung in Abs. 4 Ziffer 4 Satz 1

der Satz wird verändert wie folgt

„entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel zusätzliche Delegierte in Höhe von 1/4 der in der Bezirksorganisation - Landesorganisation durch die Grundorganisationen gewählten Delegierten zum Parteitag.“

- b. Streichung in Abs. 4 Ziffer 4 Satz 2

Der letzte Halbsatz „mindestens aber drei Delegierte“ wird gestrichen

4. Art. 8 Bundesorganisation

- a. Veränderung I Abs. 2 Satz 1

„Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag.“ wird verändert in „Der Souverän der Partei ist der Parteitag.“

Begründung:

Zu 1, 2a, 2b und 3a:

Unsere Grundorganisationen sind das wichtigste Element für die Verbreitung unserer Positionen. Mit ihnen greifen wir in die Auseinandersetzungen vor Ort ein. Durch sie gewinnen wir neue Mitglieder. Seit dem 21. Parteitag orientieren wir auf die Stärkung dieses wichtigen Elements. Dieses setzen wir auf dem 22. Parteitag mit dem Antrag zur Parteistärkung fort. Mit Annahme dieser Änderungen erhalten die Grundorganisationen auch statutarisch ein wesentlich stärkeres politisches Gewicht. Sie sind die wichtigste Gliederung der Partei und demzufolge sollte auch deren Politik sich auf den Parteitag widerspiegeln und andererseits die beschlossene Politik des höchsten Organs der Partei direkt zurückfließen.

Diese Änderungen sind erforderlich, weil mögliche Verzerrungen der Delegiertenzahlen, die allein abhängig vom Bestehen von Kreisorganisationen sind, entstehen können. Dazu wurden vom jeweiligen Parteivorstand auf den letzten vier Parteitagen Anträge auf Statutenänderung vorgelegt, welche eine Mehrheit nicht fanden. Kern dieser Änderungen war, die Wahl der Delegierten ausschließlich auf die Ebene der Bezirks- bzw. Landesorganisationen zu verlagern.

Die vorliegenden Statuten-Änderungen beinhalten einen völlig anderen Weg: die Delegierten sollen grundsätzlich in den Grundorganisationen gewählt werden. Jede Grundorganisation kann zukünftig mindestens eine/n Delegierte/n wählen. Hinzu kommen zusätzliche Delegierte, die in einer Kreisorganisation gewählt werden können, wenn mindestens drei Grundorganisationen bestehen. Hier kann mindestens zusätzlich ein/e Delegierte/r gewählt werden. Für Bezirks- bzw. Landesorganisationen ändert sich inhaltlich nichts.

Die bisherigen Ein-Gruppen-Kreisorganisationen können weiterhin bestehen bleiben, auch um kommunalen Anliegen Rechnung zu tragen. Sie erhalten nur keine weiteren Delegierten.

Zu 2c:

Kandidatinnen und Kandidaten zu parlamentarischen Wahlen sind nach den Bestimmungen der jeweiligen Landes Gesetze zu wählen, und nicht auf Kreiskonferenzen, bzw. Kreismitgliederversammlungen, deren Verantwortungsbereich von den kommunalen Grenzen abweicht.

Zu 3b:

Die derzeit bestehende Regelung sollte ein Mindestmaß an Vertretung der neu aufzubauenden Parteigliederungen in dem Gebiet der ehemaligen DDR sicherstellen. Inzwischen kann konstatiert werden, dass es im Vergleich zu im Gebiet der alten BRD bestehenden Parteigliederungen ebenfalls zu einem Missverhältnis hinsichtlich der Delegiertenzahlen kommen kann. Für eine Übergangsphase war dieses politisch gewollt, doch nach mehr als 20 Jahren (Statut wurde auf dem zwölften Parteitag 1993 beschlossen), müssen auch Übergangsphasen als abgeschlossen gelten.

Zu 4:

Der Begriff „Organ“ findet sich im Statut an verschiedenen Stellen, aber mit unterschiedlicher Bedeutung. So z.B. in Art. 13 Quotierung. Dort wird zum Ausdruck gebracht, dass Organe der Partei, wie z.B. Vorstände, gewählt werden. Art. 8 will mit dem Begriff aber zum Ausdruck bringen, dass der Parteitag alle Entscheidungsmöglichkeiten hat. Hinzu kommt, dass der Parteitag an sich nicht gewählt wird, sondern sich aus Delegierten zusammensetzt. Daher ist eine sprachliche Anpassung sinnvoll.

(beschlossen mit großer Mehrheit)

Antrag zur internationalen Arbeit an den 22. Parteitag

Der Antrag des Sekretariates zur internationalen Arbeit der DKP an den 22. Parteitag wurde mit Mehrheit zur Überarbeitung zurück an das Sekretariat verwiesen.

UZ-Chefredaktion

Genosse Lars Mörking wird mit sofortiger Wirkung zum Chefredakteur der UZ berufen.

(einstimmig angenommen)

Begründung:

Lars wurde durch die 10. PV-Tagung zum stellvertretenden Chefredakteur der UZ berufen und sollte nach dem 22. Parteitag der DKP dem Gen. Lucas Zeise als Chefredakteur nachfolgen.

Leider ist Lucas aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, die Funktion des UZ-Chefredakteurs bis März 2018 auszuüben. Daher ist dieser vorgezogene Wechsel nötig.

Lucas steht der UZ aber auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung. Eine persönliche Erklärung von Lucas wird dem PV vorgelegt und dient als Grundlage für eine Meldung in der UZ.

Der Parteivorstand dankt dem Gen. Lucas Zeise für die sehr erfolgreiche Arbeit und wünscht ihm gute Besserung und weiterhin viel Energie für die bevorstehenden Aufgaben!

Siehe auch Brief von Lucas Zeise unter Weiter Materialien

Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern

Die Bezirksorganisation Südbayern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wurde durch Beschluss der 9. PV-Tagung mit Wirkung zum 18.06.2017 nach Art. 7 des Statuts der DKP aufgelöst.

Der 22. Parteitag der DKP bestätigt diesen Beschluss der 9. PV-Tagung.

(angenommen bei 3 Nein-Stimmen, und 1 Enthaltung)

Begründung:

Der Parteivorstand hat in seinem Beschluss auf der 9. PV-Tagung festgestellt, dass ein gemeinsames Handeln der Bezirksorganisation Südbayern mit der Gesamtpartei in wesentlichen Bereichen nicht mehr

gegeben war. Die Bezirksorganisation akzeptierte wesentliche Beschlüsse der vergangenen beiden Parteitage, des höchsten Gremiums der DKP nicht und arbeitete, teilweise öffentlich, gegen sie. Alle Versuche, wieder zu einer Verbindlichkeit der Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und der Bezirksorganisation zu kommen, waren gescheitert.

Die weiteren Gliederungen (Grundorganisationen, Kreise) waren, über die Auflösung der Bezirksorganisation hinaus, von diesem Beschluss nicht betroffen. Die Rechte der Mitglieder der Bezirksorganisation waren ansonsten von diesem Beschluss nicht betroffen.

Mit Unterstützung des Parteivorstands werden neue Bezirksstrukturen aufgebaut mit dem Ziel, dass die Gremien der Bezirksorganisation (Bezirksvorstand, Kommissionen) durch Neuwahlen bestätigt ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können.

DKP stärken - Beitragsaufkommen erhöhen – Kampagne für eine satzungsgemäße Beitragszahlung

Die DKP führt vom 1. Januar 2018 und bis zum 31. Dezember 2018 eine Kampagne zur Steigerung ihrer Finanzkraft durch eine Erhöhung des Beitragsaufkommens durch.

Ziel ist die Steigerung des bundesweiten, durchschnittlichen Beitrags von aktuell knapp 15,00 Euro um 2,00 Euro auf 17,00 Euro je Mitglied und Monat.

Im Zeitraum der Kampagne werden möglichst alle Mitglieder der DKP durch die Gruppen- oder KreiskassiererInnen oder einem anderen Vorstandsmitglied auf eine Erhöhung ihrer Beitragszahlung angesprochen.

Dabei soll geprüft werden, ob die gezahlten Beiträge satzungsgemäß sind oder ob mit einer Erhöhung die Beitragsehrlichkeit hergestellt werden muss.

Die Finanzkommission beim Parteivorstand wird eine Argumentationshilfe erstellen und die KassiererInnen und Vorstände auf allen Ebenen einmal im Quartal über die Ergebnisse der Bemühungen informieren.

(einstimmig angenommen)

Begründung:

In ihrem 50. Lebensjahr ist die Handlungsfähigkeit unserer kommunistischen Partei notwendiger denn je. Wir müssen sie erhalten und steigern, um die Wahrnehmbarkeit der DKP zu erhalten und weiterzuentwickeln. Nur so ist es möglich, unsere Partei stärker in der Klasse, in Betrieben, Gewerkschaften und im Wohngebiet zu verankern. Das erfordert die Sicherung und den weiteren Ausbau der finanziellen Grundlagen der DKP auf allen Ebenen.

Solidarität mit der Kommunistischen Partei Polens – Gegen die antikommunistische Verfolgung!

Die Deutsche Kommunistische Partei verurteilt den am 27. November stattfindenden Prozess gegen vier polnische Kommunisten, die wegen „Verbreitung kommunistischer Ideologie“ in der Parteizeitung „Brzask“ und der parteieigenen Website verurteilt werden sollen. Ihnen drohen zwei Jahre Haft. Darüber hinaus gibt es eine Verbotsdrohung gegen die KP Polens, da ihr Programm nach Auffassung der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ gegen die Verfassung verstoße.

Wir solidarisieren uns mit den Genossinnen und Genossen in unserem Nachbarland und rufen zu Aktionen vor der polnischen Botschaft auf.

Kein Verbotsverfahren gegen die KPP!
Der Prozess darf zu keiner Verurteilung führen!
Antikommunismus darf nicht durchkommen!

(einstimmig angenommen)

Kampagne gegen Bayer/Monsanto-Fusion

Die DKP unterstützt die Kampagne gegen die Bayer-Monsanto Fusion nach ihren Möglichkeiten. Die Umweltkommission und der Bezirk Rheinland-Westfalen (Bayer AK) werden beauftragt einen Beschluss für den Parteitag vorzubereiten auf dessen Grundlage unser Eingreifen erfolgt.

(einstimmig angenommen)

Begründung

2016 gab der BAYER-Konzern bekannt, dass er den Monsanto-Konzern übernehmen möchte. Mit dieser Übernahme würde ein Agrargigant neuen Ausmaßes entstehen. Im Pestizid- und Saatgutbereich würde der Konzern rund 30% halten, im Bereich der genmanipulierten Saatgüter würde der Konzern sogar 90% halten. Das Ziel einer Monopolstellung nimmt für BAYER damit Kontur an.

Dies bedeutet für Verbraucher und Landwirte, dass ihre Auswahlmöglichkeiten massiv eingeschränkt werden, zudem kann der Konzern die Preise zu seinen Gunsten ausrichten. Schon jetzt setzt der Konzern auf die industrielle Landwirtschaft, was in der dritten Welt die Konsequenz der Landvertreibung mit sich bringt. Gerade in Afrika bedeutet die Vertreibung von Kleinbauern, die Vernichtung der Existenz vieler Familien. Dies führt zur weiteren Verarmung und zur Massenflucht. Im Sinne der internationalen Solidarität gehört es zu unserer Pflicht, unsere Klassenbrüder durch den konsequenten Kampf gegen einen deutschen Konzern zu unterstützen.

Zudem wird die Fusion auch in Deutschland zu konkreten Verschlechterungen für die Arbeiter führen. Ein erstes Zeichen ist der Verkauf von Glufosinat und der Saatzpflanzen der LIBERTY LINK-Baureihe an BASF. Die Kollegen werden schon jetzt lediglich zu ähnlichen Arbeitsbedingungen übernommen. Darüber hinaus gilt diese Zusage auch nur für drei Jahre, was danach kommt weiß niemand. Dies bedeutet in unsicheren Zeiten einen enormen Druck für die Kolleginnen und Kollegen.

Dieses Beispiel dürfte nach der Übernahme von Monsanto auch für die restlichen Arbeiter von BAYER gelten.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren will diese Diskussion auf die Straße bringen und durch öffentlichen Druck den Konzern an der Übernahme hindern. Jedoch weist sie auch daraufhin, dass die Fusion wahrscheinlich nicht verhindert werden kann und dass eine weitere Ausbeutungs- und Unterdrückungswelle nur durch eine gesellschaftliche Kontrolle von Konzernen wie BAYER sichergestellt werden kann. Damit lässt sie die Unterstützer nicht nur die Auswüchse des Kapitalismus bekämpfen, sondern seine Wurzeln.

Die DKP könnte sich im Rahmen der Kampagne an Demonstrationen, Podiumsdiskussionen und Infoveranstaltungen beteiligen. Zudem gäbe es die Möglichkeit, dass ein Redner/ eine Rednerin auf der BAYER-Hauptversammlung redet.

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

25./26. November 2017, Essen

Abgelehnte Anträge

Jetzt Mitgliederbefragung organisieren!

Antragsteller: Lothar Geisler

1. Der Parteivorstand zieht seinen Antrag der 9.PV-Tagung an den kommenden Parteitag zurück, der die Unvereinbarkeit des „Netzwerkes kommunistische Politik in der DKP“ mit der Mitgliedschaft in der DKP feststellt.

(abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen)

2. Der Parteivorstand der DKP ruft alle DKP-Gruppen und Kreise statt dessen auf, noch vor dem kommenden Parteitag eine **Mitgliederbefragung/Urabstimmung** durchzuführen, in der allen DKP-Mitgliedern das demokratische Recht eingeräumt wird, selbst und direkt über die konkrete Frage abzustimmen, ob sie diesen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ im Sinne der Stärkung und Zukunft der DKP für sinnvoll halten oder nicht.

(abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen)

Begründung (Kurzfassung):

- Die Lage und innere Verfasstheit der DKP hat sich seit der/ mit der 9.PV-Tagung weiter so zugespitzt -z.B. auch durch Parteiaustritte-, dass sich jede Politik des „Weiter so“ verbietet. (Übrigens für Minderheit **und** Mehrheit!) Dazu gehört, endlich wieder zu einer konkreten, differenzierten Sicht auf die Kräftekonstellationen und Meinungsverschiedenheiten in der Partei zurückzukehren, d.h. auch innerhalb der (als „stalinistisch“ gebrandmarkten) Mehrheit bzw. der (als „rechtsopportunistisch“ diffamierten) Minderheit. Dabei gilt es, pauschales Freund-Feind-Denken abzubauen und der tiefen Existenzkrise der DKP entsprechend differenziert, flexibel und verantwortungsvoll zu handeln.
- Mehrheit und Minderheit haben die gleiche Verantwortung für die Konfliktlösung und die Stärkung und Zukunft der DKP als eingriffsfähige, zeitgemäße kommunistische Partei – aber unterschiedlich große Möglichkeiten. Eine direkte Befragung und Entscheidung der Parteibasis wäre ein starkes Signal des Parteivorstandes, einen demokratischen Ausweg aus der Krise zu suchen.
- Wissend, dass unser Statut ein solches Instrumentarium (noch) nicht vorsieht (was allerdings gleichermaßen auf das Disziplinierungsinstrument „Amtsenthebung von gewählten Vorständen“ zutrifft, selbst wenn man es „Auflösung“ einer BO nennt) könnte eine solche Mitgliederbefragung/Urabstimmung -vor allem vor dem Hintergrund der real verbliebenen Mitgliederzahl- ein gangbarer Schritt aus der Sackgasse sein, in der wir uns befinden.
- Eine solche Abstimmung noch vor dem Parteitag, erhöht die Chancen, dass wir uns auf dem Parteitag auf die politischen Herausforderungen konzentrieren können, vor denen alle Mitglieder und Gliederungen der Partei stehen.

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

25./26. November 2017, Essen

Weitere Materialien

Eine Bitte, Lars zum Chefredakteur zu ernennen

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte Euch bitten, heute den Genossen Lars Mörking zum Chefredakteur der UZ zu ernennen. Ich habe zwei Gründe dafür: Erstens, Lars ist der geeignete Mann, um die Redaktion zu führen und die Zeitung zu gestalten. Zweitens, ich kann aus gesundheitlichen Gründen die Chefredaktion der Zeitung nicht weitermachen.

Auf der letzten PV-Tagung habt Ihr Lars bereits zum stellvertretenden Chefredakteur und zugleich zum Chefredakteur mit Ablauf des Parteitags ernannt. Ich will kurz begründen, warum er die Aufgabe jetzt sofort übernehmen sollte. Der Grund ist auf meiner Seite, dass ich es gesundheitlich nicht mehr schaffe. Ich möchte betonen, dass es sich dabei – leider – nicht um eine politische Krankheit handelt. Es ist auch – erfreulicherweise – keine Krankheit, die lebensbedrohlich ist. Es ist vielmehr so, dass ich am Reisen gehindert bin. Das ist auch der Grund, weshalb ich heute hier nicht erscheinen bin, um Euch über die Lage der Dinge zu informieren. Kern des Problems ist es, dass ich die Redaktion mit nur gelegentlicher Anwesenheit in Essen nicht führen kann. Das hatte ich zunächst gehofft und gedacht, bis zum Parteitag die Arbeit des Chefredakteurs weiterzuführen und erst dann an Lars zu übergeben. Es funktioniert aber nicht. Es muss sofort etwas geschehen.

Ich möchte hier noch einige Sätze zu unserer Zeitung sagen. Die UZ hat sich meiner Meinung nach in den letzten Jahren gut entwickelt. Sie ist besser geworden. Was soll das heißen? Ich meine, dass sie weniger als früher hinter der politischen Entwicklung auf der Linken – mit kleinem und mit großem „L“ - hinterhertrabt, dass sie weniger als früher unsere Einstellungen und politischen Überzeugungen in hergebrachten Wendungen wiederholt. Ich glaube, dass sie dabei ist, ihre Aufmerksamkeit stärker als früher auf die aktuellen Klassenkämpfe zu richten. Dass sie mehr als früher dem Klassengegner, seiner Strategie und Taktik die Aufmerksamkeit widmet. Kurz, dass sie zu einer Zeitung wird, in der Kommunisten und Nichtkommunisten gleichermaßen lernen können, was die Monopole und ihre politischen Interessenvertreter so treiben. Ich bilde mir ein, dass ich meinen Beitrag zur Entwicklung der Zeitung in diese Richtung beigetragen habe. Aber die Entwicklung ist älter. Das hat auch mit dem Eintritt von Lars (und Olaf Matthes) in die Redaktion zu tun. Sie haben die Zeitung jünger und frischer gemacht. Ich bin zuversichtlich, dass diese Entwicklung weitergeht. Und dass in einigen Jahren die UZ nicht nur von wenigen politisch interessierten Zeitgenossen (einschließlich des Verfassungsschutzes) gelesen wird, um zu erfahren, was Kommunisten so denken und vorhaben. Sondern dass die UZ als Pflichtlektüre für alle gilt, die sich über den Stand der ökonomischen, politischen und kulturellen Klassenkämpfe informieren wollen.

Ich bin mir sicher, dass Lars als Chefredakteur der richtige ist, um diesen Kurs der Zeitung weiter voranzutreiben. Er hat in seiner Zeit als Redakteur zunächst den Bereich „Wirtschaft & Soziales“ und dann „Internationales“ verantwortet. In anderen Zeitung nennt man das „Ressortleiter“. Aber natürlich muss in der UZ der Ressortleiter alles machen. Beide Bereiche haben in seiner Zeit, wie Ihr feststellen könnt, Schritte nach vorn gemacht. Lars hat auch jetzt schon den besten Überblick über den Stand der Produktion, die Kontakte mit den Autoren und die aktuellen politischen Notwendigkeiten. Lars hat viel Erfahrung mit politischer Arbeit in der SDAJ und unserer Partei. Ich bin mir ziemlich sicher, dass es ihm auch deshalb - besser als mir – gelingen wird, die UZ als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit für die Partei nützlicher werden zu lassen.

Schließlich will ich die Gelegenheit nutzen, um Euch dafür zu danken, dass Ihr mir den Job als Chefredakteur der UZ auf Zeit überlassen habt. Es war sehr anstrengend. Aber es war auch interessant und gelegentlich vergnüglich und befriedigend. Danke.

Lucas Zeise